# Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 13 | April 1976 | 0,70 DM / 5 öS

# Proletarische Aktionseinheit gegen bürgerliche Klassenparagraphen!

**Der Ausbau der Sicherheit für die Bourgeoisie ...**

Ohne viel Aufheben zu verursachen, passierte die 14. Strafrechtsänderung den Bundestag. Lediglich der Protest der CDU war zu vernehmen: Der § 88a erfasse nur „ein paar ungeschickte Krakeeler", das Versammlungs- und Demonstrationsrecht solle insgesamt weiter eingeschränkt werden. Die bürgerliche Presse sorgte für so wenig Öffentlichkeit wie möglich. Kurze Hinweise auf die Gesetzesverschärfungen gepaart mit Artikeln gegen den „um sich greifenden Terrorismus" sollten den Leser von der Notwendigkeit solcher „Anti-Gewalt"-Paragraphen überzeugen. Bundesjustizminister Vogel prahlte mit der Weisheit der Koalitionsparteien, den ursprünglichen Plan, § 130a zu verändern, fallenzulassen und so einen „Mißbrauch" der Gesetze zu verhindern. Sie sollen sich wirklich nur auf den inneren Feind der Bourgeoisie, die Arbeiterbewegung, ausrichten. Und so werden dann im § 88a Aufrufe und Billigung von Gewalt daran gebunden, ob sie „den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik" gefährden oder gegen die Verfassung gerichtet sind. Das bedeutet — ganz der Willkür der bürgerlichen Gerichte unterworfen — bis zu drei Jahren Gefängnis für eine Verteidigung der Genossen der RAF oder für eine Solidaritätserklärung mit einer vom Verbot bedrohten Organisation. Der bürgerlichen Justiz ist es überlassen, jeden Demonstrationsaufruf als eine die Bereitschaft zu rechtswidrigen Taten fördernde Schrift unter Strafe zu stellen.

Systematisch wird der Ausbau der Bürgerkriegsgesetzgebung gegen die Linke und Arbeiterbewegung betrieben. Es wird deutlich, auf welcher Seite das Recht in einer kapitalistischen Gesellschaft steht. Was im RAF-Prozeß noch „unrechtmäßig" an Vorgriffen passierte, wird jetzt abgesichert. Was die liberale Öffentlichkeit zunächst noch schockierte, wie der Ausschluß von Verteidigern, Rederechtentzug von Angeklagten bei Äußerungen, die dem Vorsitzenden nicht genehm sind, Überwachung der Verteidigergespräche usw., wird zur Routine. Selbst wenn offiziell auf die Einführung eines „Kronzeugen" in die Strafgesetzgebung verzichtet werden sollte, mit Hoff wurde sie Teil der Praxis der Klassenjustiz. Gerichtsvorsitzender Prinzing hat erst kürzlich wieder seine Auffassung von dem RAF-Prozeß klar gelegt, als er den Baader-Verteidiger Heldmann anfuhr: „Wir haben Sie zwei Wochen lang hier nicht gesehen, Herr Heldmann, da war Ruhe." Friedhofsruhe, unterbrochen von weiteren unverschämten Anschuldigungen des Kronzeugen Hoff gegen Holger Meins, der aufgrund der Haftbedingungen verstarb. Und die Prozeßführung gegen die Genossen der RAF hat bereits Schule gemacht. Vier türkische Genossen der Patriotischen Einheitsfront wurden nach 16 Monaten Untersuchungshaft zu Gefängnis bis zu zwei Jahren verurteilt und sollten abgeschoben werden. Die Anklage lief hauptsächlich auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung hinaus. Auch hier wurden die Verteidiger ständig vom Ausschluß bedroht, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und als „Anklagebeweise" — aus gefundenen Schriften von Lenin und Mao zitiert! .

Zugleich wird auch auf anderen Gebieten der Ausbau der Sicherheit für die Bourgeoisie weitergetrieben. Im Streit um den Gesetzentwurf über die Behandlung von Anwärtern im öffentlichen Dienst, also um die bundeseinheitliche Regelung der Berufsverbote, ging es nicht um die Existenz eines solchen Gesetzes überhaupt, sondern allein um seine Form. Und auch hier erfolgte das Veto des Bundesrates von rechts, die Bundesregierung ist den CDU/CSU-regierten Ländern in der Verfolgung der Linken zu zahm.

Das Demonstrationsrecht wird in der Praxis weiter eingeschränkt: So der Polizeieinsatz bei Demonstrationen gegen

Fahrpreiserhöhungen, so nach der § 218-Demonstration in Köln, als die Polizei § 218-Gegner, die Geld für ihre Kampagne sammelten, festnahm, so die Auflösung der § 88a-Demonstration in Berlin am Kundgebungsplatz.

Auch die Raumvergabe wird politisch kontrolliert. So konnte in Köln eine angekündigte Podiumsdiskussion von KBW, TLD u.a. zum § 218 nicht stattfinden. Anfang des Jahres wurde in Berlin eine verschärfte Raumvergabe an der Technischen Universität beschlossen; Veranstaltungen, die gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung" gerichtet sind, können im vorhinein verboten und gestörte Veranstaltungen (dazu bedarf es nur eines Provokateurs) sofort aufgelöst werden. In diesem Fall erhalten die verantwortlichen Gruppen mindestens vier Wochen bis zu einem Semester Raumverbot. Die Praxis hat der KBW bei seiner ZANU-Veranstaltung Anfang Februar bereits zu spüren bekommen. Es wurde ihm gesagt, daß nur ein Raum für „eingetragene Vereine" und zu „hochschulpolitischen Themen" zu bekommen wäre. Einen Raum zu mieten, war ihm nur möglich, wenn er „deutlich sichtbar eine Fahne der BRD sowie des Landes Berlin im Saale" anbringen würde (siehe Ortsbeilage Westberlin der ÄTZ Nr. 6, 12. Februar 1976). *Die freie, politisch unkontrollierte Raumvergabe in allen öffentlichen Gebäuden* muß als ein *demokratisches Recht für die Arbeiterbewegung* erkämpft werden!

In mehreren Publikationen, besonders in den Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 8 und 10, haben wir geschrieben, daß die Vorbereitungsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihre Angriffe gegen die Arbeiterbewegung nichts mit einem „schleichenden Faschismus" zu tun haben, wie es seit Jahren vom KB behauptet wird. Es handelt sich vielmehr um den Ausbau der Repressionsinstrumente des Klassenstaates, die er in verschärften Klassenauseinandersetzungen massiv gegen seinen Gegner, die Arbeiterklasse, wenden will. Vorerst wird neben dem bisherigen selektiven Vorgehen gegen einzelne Linke (Berufsverbot u.a.) verstärkt versucht, das Wiedererstarken der Arbeiterbewegung insgesamt im Keim zu ersticken. Als Kommunisten kämpfen wir gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen die Vervollkommnung des kapitalistischen Unterdrückungsapparates, aber wir bleiben bei diesen Zielen nicht stehen. Wirkliche Demokratie im Interesse der Massen ist nur unter der Diktatur des Proletariats möglich — auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft, die einen Staat samt seiner Unterdrückungsinstrumente nicht mehr benötigt.

### ... und die Ohnmacht der „Linken"

Angesichts dieser Angriffe sollte mit einer einheitlichen Abwehrfront aller Organisationen der Arbeiterbewegung gerechnet werden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Statt eine Aktionseinheit mit anderen zu suchen, ist es die Praxis der meisten Organisationen, sich sektiererisch abzuschließen, bürokratische Manöver anzuwenden und teilweise physische Gewalt in der Arbeiterbewegung selbst anzuwenden. Die in dieser Ausgabe der *Kommunistischen Korrespondenz* publizierten Materialien dokumentieren das Versagen der vorgeblich revolutionären Organisationen.

Musterbeispiel dieses Versagens ist der Kampf gegen den



Polizeiaktion in Heidelberg

§ 88a. Der Unfähigkeit dieser Organisationen, diesen Paragraphen richtig einzuschätzen, folgte die Unfähigkeit, eine Kampffront gegen ihn zu errichten. Die KPD hatte auch in dieser Frage den Mut, eine Kampagne gegen „die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten" zu fuhren und in der Agentur des angeblichen Sowjetimperialismus, der DKP, den Hauptfeind zu erblicken! Ja, sie geht sogar so weit, Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder gutzuheißen. Die KPD ruft zur Aktionseinheit gegen politische Unterdrückung auf und freut sich, daß der „demokratische Protest immer mehr Menschen" erfaßt. In ihrem „demokratischen Abwehrkampf' sucht sie dann folglich nicht die Aktionseinheit mit allen von diesen Gesetzen betroffenen Organisationen, sondern orientiert sich nur auf die Vaterlandsverteidiger und sucht vergeblich die „Einheit" mit den amorphen „Massen".

Auch der KBW spricht von einer „Aktionseinheit mit den Massen", die ihn dann zu schmutzigen Tricks bei den Aktionsverhandlungen mit KB und GIM führte und die er nach bewährter Manier (siehe sein bürokratisches Verhalten auf diversen § 218-Demonstrationen) nur als Anhängsel für seine „Massen"mobilisierung benutzt. Er versucht, jeden politischen Kampf während einer Aktionseinheit auszuschließen.

Zurecht erboste sich die GIM über ein solches Vorgehen und verschickte in Berlin Protestschreiben zur Kenntnisnahme an diverse Organisationen — allerdings erst, als sie vom KBW ordentlich aufs Kreuz gelegt worden war, zuvor haben wir von ihren Versuchen, alle Organisationen einzubeziehen, nichts bemerken können. Ohne jede Selbstkritik an ihrem eigenen früheren Verhalten, z.B. der Zustimmung zum Ausschluß von TLD und Spartacusbund aus dem Westberliner Portugalkomitee und der Festlegung auf einheitliche Parolen dort, führte sie nun richtige Kriterien für eine Aktionseinheit an: die gemeinsame Aktion unter einer bestimmten Aktionsperspektive und die politische Unabhängigkeit der beteiligten Organisationen, d.h. das Recht auf die Freiheit der eigenen Propaganda. Doch was nützt eine solche plötzliche „Prinzipienfestigkeit", wenn sie lediglich aus einer Position der Schwäche erfolgt. Die GIM hat in vielen Situationen, wo sie die Arbeiterdemokratie zu ihren Gunsten mißachten und manipulieren konnte, bisher meist dieser Verlockung nachgegeben. Dennoch könnte man über die Berliner Gelehrigkeit der GIM erfreut sein, würde sie nicht im nationalen Rahmen zeigen, daß es eine episodische Prinzipienfestigkeit ist. Zur gleichen Zeit nämlich ließ sie sich in Köln auf verbindliche Absprachen über die Losungen der § 2 ^-„Aktionseinheit" ein und stimmte mit dem KBW überein, daß eine gegenseitige Kritik auf der § 218-Demonstration zu unterbleiben habe! Den demokratischen Zentralismus kann die GIM

jedenfalls als Organisationsprinzip ebensowenig wie Prinzipienfestigkeit in Anspruch nehmen.

### Ein Beispiel typisch kombinierten Sektierertums und Opportunismus

Unberührt von all den Verwirrungen darüber, was eine Aktionseinheit bedeutet, erhebt sich der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), eine Organisation, die sich schimpflicherweise trotzkistische nennt, aber ständig beweist, wie wenig sie mit Trotzkismus zu tun hat. Warum sollte sich auch der BSA über Aktionseinheiten Gedanken machen? Er führt niemals welche durch. Er hält seine Veranstaltungen von allen störenden Einflüssen, z.B. von trotzkistischen, frei, so wurden wir von seiner „öffentlichen Veranstaltung" zum Todestag Trotzkis 'rausgehalten. Er blieb bei der Verteidigung der GIM-Veranstaltung zur chinesischen Außenpolitik zu Hause und rechtfertigte auch noch sein Verhalten mit der von der TLD auf der Vorbesprechung vorgebrachten Position, allen Bestandteilen der Arbeiterbewegung Rederecht einzuräumen, also auch der KPD und der KPD/ML, sofern diese an einer programmatischen Auseinandersetzung interessiert seien. Mit seinem „Henker" will der BSA nicht diskutieren. Nun, wir sind der Meinung, daß alle Organisationen, einschließlich des BSA, die nicht auf der Grundlage des trotzkistischen Programms stehen, gefährliche Barrieren zur proletarischen Revolution darstellen und folglich gefährliche Gegner der revolutionären Organisation sind. Aber das bestätigt nur die Notwendigkeit des programmatischen Kampfes: die Zerschlagung der reformistischen und zentristischen Barrieren in der Arbeiterbewegung und die Gewinnung aller subjektiv Revolutionäre für ein revolutionäres Kampfprogramm. Dies auch ist der Sinn der Aktionseinheit: im einheitlichen Kampf gleichzeitig diese Organisationen aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit und Halbherzigkeit zu entlarven und ihre Mitglieder zu gewinnen.

Das Sektierertum des BSA geht einher mit seinem Ökonomismus. *Der Funke* Nr. 92, 23. Januar 1976 nimmt auch zum § 88a Stellung unter der Überschrift: „Verteidigt die demokratischen Rechte. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird zum Verbrechen." Wir lesen dort tatsächlich: „Die Angriffe auf die demokratischen Rechte sind die Vorbereitung der Angriffe auf die Arbeitsplätze und den Lebensstandard." Die Angriffe auf die Arbeitsplätze und den Lebensstandard erfolgen permanent in den Lohnraubtarifabschlüssen, in den Verschlechterungen der Sozialleistungen usw. Worum es bei den neuen Gesetzen dagegen geht, ist: die Arbeiterbewegung zu kriminalisieren und ihre Bewegungsfreiheit einzugrenzen. Es geht um den *politischen Kampf!*

**Kommunistische Korrespondenz**

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

Revolutionäre müssen für eine Mobilisierung aller Bestandteile der Arbeiterbewegung, einschließlich der Massen der Gewerkschaftsmitglieder, gegen diese Klassenparagraphen kämpfen. Doch was tut der BSA? Nach seiner ökonomistischen Charakterisierung der Gesetze lesen wir weiter: „Die SPD hat sich , seit sie auf Grund von Brandts Reformpolitik gewählt wurde, als völlig arbeiterfeindlich entpuppt (!). Schmidt, der ohne Wahlen an die Macht kam (!), hat alle Reformen beseitigt und arbeitet heute in enger Zusammenarbeit mit der CDU/CSU gegen die Arbeiterklasse." „Die Schmidt-Regierung muß gestürzt werden! Sie ist heute das Haupthindernis der Arbeiterklasse für die Verteidigung der demokratischen Rechte (!). Stattdessen muß eine SPD-Alleinregierung, die sich auf die mobilisierte Arbeiterklasse stützt und auf ein sozialistisches Programm verpflichtet ist, an die Macht gebracht werden!" Was hat denn die SPD vor Schmidt für die Arbeiterklasse außer Versprechungen getan? Wer hat die „wilden" Streiks von 1969 diffamiert, wer ist bei Tarifverhandlungen den Arbeitern in den Rücken gefallen, wer ist für reaktionäre Ausländergesetzgebung verantwortlich? Ist nicht die Sozialdemokratie der getreue Polizeiknüppel in den Reihen der Arbeiterbewegung? Sind es nicht vorzugsweise sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten, die die „öffentliche Sicherheit" der Kapitalistenklasse gewährleisten? Nicht die SPD als Partei kann einem sozialistischen Programm verpflichtet werden; worauf es ankommt, ist die Orientierung, die sozialdemokratischen Arbeitermassen von ihrer konterrevolutionären Führung zu trennen, d.h. auch die Partei zu spalten. Und für diese Perspektive müssen wir gerade die offizielle Politik der SPD als wesentliches Moment zur Entlarvung des konterrevolutionären Reformismus benutzen. Schon heute muß den sozialdemokratischen Massen gesagt werden, welche Selbstmordpolitik es ist, die ihre Partei betreibt, daß eben diese Gesetze — genau wie die von der Sozialdemokratie mitverabschiedeten Notstandsgesetze — sich eines Tages gegen die Sozialdemokratie selber richten können.

Die Anbiederung des BSA an die Sozialdemokratie und insbesondere auch an den Sozialdemokraten Lattmann, der einige mahnende Worte gegen den § 88a sprach, um dann, erfüllt von Fraktionsdisziplin, *für* ihn zu stimmen, macht die oben dargestellte „Henkertheorie" des BSA restlos unsinnig. Oder will er die Verantwortung der Sozialdemokratie für zahllose der blutigsten Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung leugnen?

### Für eine einheitliche Abwehrfront gegen die Angriffe auf die Arbeiterbewegung

Die Zeiten der Antinotstandskampagne sind vorbei, wo die Linke im programmlosen Protest rebellierte. Dem seit Jahren andauernden Ausbau der bürgerlichen Repressionsorgane wird kaum Widerstand entgegengesetzt. Einzelne Organisationen der Linken, vor allem die Maoisten mit ihrer Vaterlandsverteidigung, arbeiten dem bürgerlichen Staat in die Hände. Eine Vielzahl der Organisationen der Linken verharrt in stumpfsinniger Nabelschau oder läuft der SPD hinterher, indem sie deren Angriffe gegen die Arbeiterbewegung entschuldigt. Die Bourgeoisie nutzt geschickt die Lethargie, die Aktionsunfähigkeit der Organisationen der Linken und Arbeiterbewegung. Physische Gewaltangriffe der Stalinisten gegen andere Teile der Linken spielen ihr dabei in die Hände. Der Angriff von KPD und KPD/ML auf die GIM-Veranstaltung am 6.11.75 dient als Vorwand zum Raumverbot erst nur für KPD und KPD/ML, jetzt indirekt für alle linken Organisationen. Beim Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen der BVG in Berlin erfolgt der anschließende Polizeieinsatz vor dem Hintergrund der Schwächung der

Demonstration durch die Spaltung der Aktion seitens der KPD — sie wollte nicht mit Trotzkisten demonstrieren — und durch die konterrevolutionären Überfälle der KPD/ML auf die Blöcke von TLD, Spartacusbund und KB. In Köln protestierten Genossen der TLD gegen die Festnahme von § 218-Gegnern gemeinsam mit dem KBW vor dem Polizeipräsidium. Zuvor hatte jedoch der KBW eines unserer Demonstrationsschilder zerstört, weil es seinen Reformismus angriff.

Gewaltanwendung in der Arbeiterbewegung nutzt dem bürgerlichen Staat. Bürokratische Verletzungen der Arbeiterdemokratie schwächen die Arbeiterbewegung und verhindern einen fruchtbaren politischen Kampf um die revolutionäre Politik. Die Anwendung physischer Gewalt von Kräften der Arbeiterbewegung gegen andere Teile der Arbeiterbewegung muß beendet werden. Wir verteidigen die Arbeiterdemokratie, weil nur durch scharfe programmatische Auseinandersetzungen der politische Kampf zugunsten des revolutionären, trotzkistischen Programms entschieden werden kann. Und die Stalinisten wissen dies, deshalb scheuen sie die Arbeiterdemokratie und praktizieren Gangstermethoden.

Wir Trotzkisten kämpfen für die gemeinsame Abwehrfront aller Bestandteile der Arbeiterbewegung gegen die Angriffe der Bourgeoisie. Die Maulkorbparagraphen sind nur die zuletzt in der Presse betonten Paragraphen, die sich gegen die Linke und die Arbeiterklasse richten. Doch das ganze bürgerliche Recht hat Klassencharakter, es dient der Herrschaftssicherung der Kapitalistenklasse. Und die Rechtssprechung ist nicht „neutral"; in jedem Arbeitsprozeß, im RAF-Prozeß, überall wird klar: diese Justiz ist eine bürgerliche Klassenjustiz. Das Gestrüpp der vielen Klassenparagraphen muß ebenso als Instrument gegen die Arbeiterbewegung erkannt werden wie die „großen" Unterdrückungsgesetze und -maßnahmen der Bourgeoisie: Notstandsgesetze und KPD-Verbot.

Die Arbeiterklasse darf folglich nicht darauf vertrauen, daß der bürgerliche Staat über den Klassen steht, daß er gar im Interesse der Unterdrückten und Ausgebeuteten handeln könnte. Die Arbeiterbewegung muß vielmehr erkennen, daß sie in ihrem Kampf notwendig mit der Unterdrückungsmaschinerie des bürgerlichen Staates zusammenstoßen wird. Und sie muß erkennen, daß sie nur siegreich sein kann, wenn sie politisch gewappnet mit dem unerschütterlichen Willen in den Kampf tritt, die Repressionsorgane, die Klassenjustiz, den Herrschaftsapparat und die bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates zu zerschlagen. Die Arbeiterbewegung wird zur Bildung von Selbstverteidigungsorganen voranschreiten. Nur Arbeitermilizen werden erfolgreich das Recht der Arbeiterklasse verteidigen können. Dieser Kampf der Arbeiterklasse muß gipfeln in der Errichtung einer Arbeiterregierung, die vollends den bürgerlichen Staat zerstört.

---

# KBW gegen Aktionseinheit und revolutionäre Politik

**— Köln, den 9. März**

In den letzten Monaten häufen sich die physischen Angriffe der Mao-Stalinisten auf ihre politischen Gegner in der Arbeiterbewegung. Diese Angriffe haben ein doppeltes Ziel: Einmal soll von der Unsicherheit der eigenen Reihen durch ein „äußeres Feindbild" abgelenkt, eine „Immunisierung" der Basis gegen feindliche Propaganda hergestellt werden. Zum anderen verfolgen diese Angriffe letztlich den Zweck, die jeweils feindliche Organisation direkt *physisch* zu zerschlagen, um gar keine Unsicherheiten mehr aufkommen zu lassen.

Anführer dieses politischen Banditentums sind KPD und KPD/ML, jedoch — wie wir hiermit den Mitgliedern und Sympathisanten des KBW beweisen wollen — reiht sich auch der KBW in diese konterrevolutionäre Tradition des Stalinismus lückenlos ein. Historisch begründet liegt der Versuch, die Arbeiterdemokratie zu zerschlagen, in der Entartung des Arbeiterstaates Rußland unter der stalinistischen Bürokratie, die u.a. Zehntausende von Bolschewiki liquidierte. Zwar ist sich der KBW über die Beurteilung der Funktion und Rolle Stalins noch nicht ganz einig, die Praktiken dieses politischen Verbrechers werden aber schon jetzt — im Kleinen — übernommen:

Vor Beginn der Demonstration gegen den § 218 am 21.2. 1976, als sich der Block der TLD gerade formierte, kam eine von Mitgliedern der Kölner Ortsleitung des KBW angeführte Truppe und verlangte die Herausgabe unseres Plakates mit der Aufschrift: „Volksentscheid = reformistische Sackgasse". Wir verteidigten unser Recht, nicht nur in Flugblättern und Zeitungen, sondern auch auf Plakaten und Transparenten die reformistische Linie des KBW zu entlarven. Daraufhin begann die erwähnte KBW-Truppe eine Schlägerei, in deren Verlauf sie unser Plakat gewaltsam entriß und zerstörte. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß wir uns nicht an die Absprache über den einheitlichen Charakter der Demonstration gehalten hätten.

GIM und Spartacusbund haben uns trotz vorheriger Aufforderung als Organisation *nicht* verteidigt, lediglich einige GIM-Genossen schützten uns individuell. Dieses Verhalten steht im krassen Gegensatz zu der von ihren Berliner Ortsgruppen am 18.11.1975 unterzeichneten Erklärung zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie (in der es u.a. heißt: „Die unterzeichnenden Organisationen erklären ihre Bereitschaft, durch Aktionseinheiten — Schutz von Veranstaltungen, Demonstrationen, Büchertischen, Zeitungsverkäufern u.a. — die Möglichkeit einer demokratischen Auseinandersetzung unter sozialistischen Tendenzen zu verteidigen"). Es ist Ausdruck des föderalistischen Charakters dieser zentristischen Organisationen.

Zur Lüge des KBW erklären wir, daß wir solche behauptete Absprachen nicht eingegangen sind und auch aus grundsätzlichen Gründen nicht eingegangen wären. Wir haben uns deshalb auch nicht gescheut, im weiteren Verlauf der Demonstration dem einheitlichen Charakter mit unserem Sprechchor „Volksentscheid gleich Sackgasse" wenigstens lautstark entgegenzutreten. Des weiteren konnte man feststellen, daß unter den Mitgliedern des KBW das Mißverständnis weit verbreitet war, es habe sich bei der Demonstration um eine Aktionseinheit gehandelt. Dies war jedoch keineswegs der Fall. Schon gar nicht, wenn man von einem korrekten leninistischen Verständnis von Aktionseinheit — *Getrennt marschieren - vereint schlagen* - ausgeht, wie es auf dem 3. und 4. Weltkongreß der Komintern ausgearbeitet worden ist.

Aber selbst nach dem eigenen Verständnis der verantwort-

liehen Genossen des KBW und der Komitees fand am 21.2. keine Demonstration einer Aktionseinheit statt. Auf der ersten Vorbereitungsitzung, zu der die Komitees eingeladen hatten und zu der nur die Aktion gegen das Abtreibungsverbot (AgdA), der KBW und wir erschienen waren, wurden die Verhandlungen von der Vertreterin der Komitees mit der Erklärung eingeleitet, daß eine Aktionseinheit für den 21. Februar nicht mehr möglich sei, da die zentralen Verhandlungen am 13. Juni in Mannheim zwischen dem Ausschuß der Komitees und der AgdA gescheitert seien. Jetzt sei nur zu prüfen, welche Organisationen bereit seien, am 21.2. in getrennten Aufrufen für eine Demonstration mit gemeinsamer Route zu mobilisieren. Neben der Route sollte das Problem der Abschlußkundgebung geregelt und mögliche vorbereitende Veranstaltungen und Aktionen abgesprochen werden.

Warum waren die Mannheimer Verhandlungen gescheitert? Die AgdA hatte dort eine Reihe „technischer" Abmachungen zugestimmt, unter anderem der gar nicht so technischen Regelung, daß die beteiligten Organisationen in den Kundgebungsreden gegenseitige politische Angriffe unterlassen. Zum Platzen aber kamen diese Verhandlungen in Mannheim, weil die Komitees als Grundlage für die Aktionseinheit die Forderung nach ersatzloser Streichung aufstellten, während die AgdA „alle Gegner des § 218, unabhängig davon, , welche Forderungen sie gegen den § 218 vertreten" (also Kräfte, die sich für die Fristenlösung aussprechen), zulassen wollten.

Die Position der AgdA (in der die GIM national mitarbeitet, in Köln jedoch organisatorisch führt) war extrem widersprüchlich. Die Gruppe Internationaler Marxisten, die vorgibt, trotzkistisch zu sein, sich aber permanent hinter „Massenorganisationen" versteckt, in der Angst, man könne sie entdecken und politisch entlarven; diese „Trotzkisten" mögen uns einmal folgenden einfachen Sachverhalt erklären: Wenn man gegenseitige Kritik bei den Abschlußreden ablehnt, kann man doch schlechterdings nicht für die Zulassung von „Fristenlösern" bei einer Aktion gegen den § 218 sein. Soll man es den Anhängern der Fristenlösung gestatten, *unwidersprochen* ihre abgewirtschafteten Parolen an Frau und Mann zu bringen? Aber auch umgekehrt: Wie kann man für die ersatzlose Streichung des § 218 kämpfen, ohne dabei auf den Bankrott der 3-Monatsfristenlösung einzugehen?

Wir stellen fest: Die TLD tritt unmißverständlich für die Einbeziehung von Anhängern der Fristenlösung in Aktionseinheiten gegen den § 218 ein. Unsere Vertreter auf den Verhandlungen waren auch die einzigen, die diese Position offensiv vertreten haben, während die Kölner AgdA (GIM) in dem Punkt nur noch hilflose Rückzugsgefechte unternommen hat. Unsere Position hat nichts mit Weichheit gegenüber der Forderung nach Fristenlösung zu tun.

Die Anhänger der Fristenlösung, vor allem die Organisationen, die diese Forderung einst lautstark vertreten haben (Jusos, DKP usw.), sind seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Frage verstummt. Ihren „realpolitischen" Argumenten ist jeder Boden unter den Füßen weggezogen worden. Aus reinem politischen Konservatismus halten sie die Forderung nach Fristenlösung aufrecht, gleichzeitig haben sie praktisch jede Aktivität gegen den § 218 eingestellt. Soll man nun deshalb die DKP, Jusos etc. in Ruhe lassen? Und hier liegt genau der Hase im Pfeffer: Wenn man diese Organisationen nicht zwingt, an einer Aktionseinheit teilzunehmen, kann man sie auch nicht entscheidend stellen. Deshalb darf man diesen Organisationen keine Handhabe geben, unter formalen Ausflüchten (wie z.B. „wir sind nicht für die ersatzlose Streichung" etc.) diese Aktionseinheit erst gar nicht Zustandekommen zu lassen. Umgekehrt, wenn man sie nicht zwingt, Auffassungen zu vertreten, die sich ernsthaft nicht mehr vertreten lassen, kann man sie vor ihren Anhängern auch nicht entlarven. Das kann aber nur durch *schonungslose Kritik* geschehen auch und gerade während der gemeinsamen Aktion und in *allen* Ausdrucksformen, die dazu geeignet sind (Flugblätter, Transparente, Sprechchöre, Reden, etc.). Man vergleiche dieses Herangehen, einen wirklichen *Kampf* zu organisieren, mit den sterilen, hilflos-dümmlich wirkenden Appellen der Komitees an Organisationen wie SPD und DKP, diese mögen zur Perspektive des Volksentscheides Stellung nehmen. Das Resultat ist bekannt: Man blieb unter sich, was übrig blieb, waren die altbekannten „Entlarvungen" der „Volksvertreter", die wieder einmal auf eine „Einladung" mit Abwesenheit antworteten.

Wir unterscheiden uns vom KBW keineswegs im Grad der Ablehnung der Fristenlösung. Wir unterstellen dem KBW auch nicht etwa, daß er die Auseinandersetzung mit den „Fristenlösern" fürchtet. Wohl aber fürchten die Führer des KBW das leninistische Prinzip der Aktionseinheit *„Einheit der Aktion - Freiheit der Kritik"*. Nur allein gemäß diesem Prinzip wären Jusos, DKP usw. politisch zu schlagen. Doch dieses Prinzip ist unteilbar. Und daß sich andere Organisationen die Freiheit herausnehmen könnten, die besonders schwachen Punkte der KBW-Positionen (Volksentscheid, Ablehnung der Losung „Kostenlose Abtreibung auf *Wunsch* ‚der Frau[4] ") zu kritisieren, genau das wollen die Führer des KBW nicht zulassen.

Genau aus diesen Gründen haben und werden wir keiner Absprache zustimmen, die die organisatorische und politische Unabhängigkeit in Frage stellt. Wir kämpfen auch während der Aktion dagegen, daß der Kampf gegen den § 218 in den Kampf um ein plebiszitäres Element bürgerlicher Demokratie (Volksentscheid) umfunktioniert wird. Wir werden offen gegen diesen Unterdrückungsparagraphen das einzige Mittel propagieren, das grundsätzliche Änderung verspricht: die *Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Frauenbefreiung durch die proletarische Revolution*

Eine Absprache, die auf der Demonstration wirklich gebrochen wurde, war die festgelegte Redezeit für die Abschlußkundgebung (die einzige Beschränkung, die bei solchen Anlässen unserer Meinung nach zulässig, ja notwendig ist). Die Komitees und die AgdA sollten je 10 Minuten reden, der KBW wollte sich bescheiden auf eine „kurze" Grußadresse beschränken. Nur die AgdA hat sich daran gehalten. Die Vertreterin der Komitees redete danach geschlagene 25 Minuten, der KBW-Vertreter faßte sich „kurz" höchstens im Vergleich zu seiner Vorrednerin. Das fatale Ergebnis: Der AgdA-GIM-Block reagierte verärgert-unpolitisch und zog ab, aber auch der Komitee-Block schrumpfte zusammen, so daß genau die Situation eingetreten war, auf die die Polizei mit ihrem Überfall gewartet hatte.

Und wie die an der Demonstration beteiligten Genossen wissen, haben wir mit versucht, die Spendensammler vor dem Zugriff der Polizei zu schützen! Obwohl wir das Ziel dieser Spenden in puncto finanzielle Unterstützung für den Kampf um einen Volksentscheid politisch nicht unterstützen, verteidigten wir mit das Recht, für eine Perspektive frei zu agitieren. Genau deshalb beteiligten wir uns auch an dem spontanen Demonstrationszug vor das Polizeipräsidium. Man vergleiche unsere leninistische Praxis mit der vom KBW vor der Demonstration provozierten Schlägerei!

Ein peinlicher, aber kurzer Zwischenfall, werden viele KBWler sagen, den man der Vergangenheit überantworten sollte. Doch diese Verletzung der Arbeiterdemokratie hat Methode, wie man sogleich sehen wird.

Wenige Tage nach der Kölner Demonstration kam es in Berlin zu einem stalinistischen Gangsterüberfall, als auf einer Demonstration gegen die zum 1. März angekündigten

Fahrpreiserhöhungen am 25.2. eine sehr gut organisierte Schlägertruppe der KPD/ML die Blöcke des Spartacusbundes und der TLD — später des KB — von der Mehrheit der Demonstration abdrängte und eine Massenschlägerei entfesselte, in deren Verlauf Transparente aller drei Organisationen vernichtet wurden. Der Westberliner KBW beteiligte sich an diesen Schlägereien (noch) nicht, unterstützte diese aber indirekt, indem er sich nicht gegen dieses Verhalten der KPD/ ML wandte und nachher diese Angelegenheit totschwieg. Lag das daran, daß der KBW für den Westberliner Fahrpreiskampf einen politischen Block mit der KPD/ML gebildet hatte und in letzter Zeit auch im nationalen Rahmen diese ultra-stalinistische Organisation eifrig umwirbt?

Wir verteilten daraufhin auf einer KBW-Veranstaltung (am 29.2.) zu den Fahrpreiserhöhungen in der Neuen Welt, Hasenheide, ein Flugblatt, worin wir das politische Gangstertum der KPD/ML angriffen und den KBW wegen seiner indirekten Unterstützung entlarvten. Das schien zuviel für unsere leidgeprüften KBW-Genossen. Bei soviel Kollegen der „marxistisch-leninistischen Bewegung" in Gestalt von KPD- und KPD/ML-Schlägern kehrte man schnell das „leninistische" unter den Tisch und holte das bekannte — stalinistische — hervor. KPD, KPD/ML *und* KBW-Schläger warfen mit Gewalt unsere Genossen aus dem Saal. Ein Ortsleitungsmitglied des KBW erklärte uns „Ihr könnt es auch schriftlich haben, daß Trotzkisten nicht mehr bei Veranstaltungen des KBW verkaufen dürfen".

Ein Fraktionskampf im KBW, da doch die Kölner Sprecher des KBW — indem sie gegen die Provokationen der KPD polemisierten — immer für eine offene Auseinandersetzung mit „Feinden der Arbeiterbewegung" eintraten? Oder wandert der KBW geschlossen nach rechts und bald herrschen in Köln Berliner Zustände?

Die Kommunisten können ihre historische Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich zu unermüdlichen Vorkämpfern der Einheit des Proletariats im Kampf machen, dabei aber nie aufhören, die reformistischen und zentristischen Irreführer in der Arbeiterbewegung zu entlarven. Die politische Zerschlagung aller Organisationen, die Barrieren auf dem Weg des Proletariats zum revolutionären Bewußtsein darstellen, die Gewinnung der besten Mitglieder dieser Organisationen für das revolutionäre Programm — dies sind unerläßliche Aufgaben auf dem Weg, der zur Einheit der Arbeiterklasse fuhrt. Der offene politische Kampf ist ein unabdingbares Lebenselement der Arbeiterbewegung, ein vorantreibendes und mobilisierendes Moment des sich entfaltenden Klassenkampfes. Breiteste Einheit der Aktion, volle Freiheit der Kritik, das war der Weg der Kommunistischen Internationale vor ihrer stalinistischen Entartung, unter diesem Banner hat die internationale Linksopposition und die trotzkistische Bewegung gegen Linksopportunismus („Einheitsfront nur von unten", „Sozialfaschismus"theorie) und Volksfront verrat (7. Weltkongreß, Frankreich, Spanien) gekämpft; in diesem Sinne arbeitet die Trotzkistische Liga Deutschlands am Aufbau der revolutionären Avantgardeorganisation als deutscher Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale.

— **Schluß mit dem politischen Gangstertum in der Arbeiterbewegung! Verteidigt die Arbeiterdemokratie!**
— **Für scharfe programmatische Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung durch politischen Kampf! In der Aktionseinheit: Freiheit der Propaganda!**
— **Für den Aufbau der Bolschewistischen Partei in Deutschland! Vorwärts zur wiederzuschaffenden Vierten Internationale, der Partei der proletarischen Weltrevolution!**

# Spartacusbund: Zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie bereit oder nicht?

An das
Zentralkomitee des
Spartacusbundes

Köln, 8.3.1976

Genossen!

Bei einer Demonstration am 21.2.1976 in Köln gegen den § 218 wurden die Prinzipien der Arbeiterdemokratie vom KBW gegenüber uns fundamental gebrochen. Die Sympathisantengruppe des Spartacusbundes in Köln legte dabei ein äußerst zweifelhaftes Verhalten an den Tag, so daß wir uns genötigt sehen, von Euch Aufklärung zu verlangen.

Das Organisationskomitee Köln der TLD hatte beschlossen, an der Demonstration teilzunehmen, ohne sich aber auf die faule Abmachung zwischen Komitees gegen den § 218 (KBW) und Aktion gegen das Abtreibungsverbot (GIM), sich gegenseitig nicht zu kritisieren, verpflichten zu lassen. Am Tage vor der Demonstration wurde uns vom KBW angedroht, das Mitführen von Transparenten mit Losungen, die sich gegen die Parole des Volksentscheides richten, nicht zu dulden. Da es aber nicht die Politik unserer Organisation ist, prinzipienlose Blöcke durch unsere Anwesenheit zu verstärken, kritiklos uns irgendwelchen „Volksbewegungen unterzuordnen, etc., sondern im Gegenteil solche faulen opportunistischen Manöver, egal von welcher Organisation ausgeführt, von uns stets aufs Schärfste bekämpft wurden, protestierten wir heftig dagegen, verzichteten aber trotzdem nicht auf das Mitführen unserer Losung „Volksentscheid = reformistische Sackgasse". Wir faßten die Mitteilung des KBW — wie sich danach herausstellte mit vollstem Recht — als Androhung physischer Gewalt auf und setzten uns daher sofort mit der Sympathisantengruppe Köln des Spartacusbundes wie auch mit anderen Organisationen in Verbindung. Wir befragten Eure Genossen, ob sie bereit wären, uns bei tätlichen Auseinandersetzungen während der Demonstration zu verteidigen.




**TLD-Block bei der Kölner Demonstration gegen den § 218 vom 21. Februar 1976**

Dabei erläuterten wir ihnen gegenüber, welch verhängnisvollen Angriff auf die Prinzipien der Arbeiterdemokratie ein solches Vorgehen des KBW darstellt und erinnerten an die gemeinsame Verteidigungsaktion, die von GIM, Spartacus-bund und TLD anläßlich des KPD- und KPD/ML-Überfalls auf eine GIM-Veranstaltung in Berlin am 18.11.1975 durchgeführt wurde. Wir erhielten von Euren Genossen keine definitive Zusage, sondern sehr unbestimmte Hinweise auf Terminprobleme etc.

Am nächsten Tag kurz vor Beginn der Demonstration tauchten zwar Genossen der Spartacusbund-Gruppe auf, jedoch befanden sie es nicht für notwendig, sich mit uns überhaupt in Verbindung zu setzen und noch bevor wir sie auf ihre Bereitschaft zur Verteidigung ansprechen konnten, hatten sie bereits wieder das Weite gesucht!

Kurz bevor sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, wurden wir von 20-25 KBWlern umringt, die uns nach kurzem Handgemenge die Tafel mit der Anti-Volksentscheid-Losung entrissen und zerstörten. Von Genossen des Sparta-cusbundes — geschweige denn von Verteidigungsmaßnahmen ihrerseits — war während dieser Auseinandersetzung weit und breit nichts zu bemerken! Unsere kompromißlose Ablehnung der Volksentscheidsstrategie konnte nur mehr mittels Sprechchören zum Ausdruck gebracht werden.

Wir möchten daher von Euch Aufklärung über folgende Punkte:

1. Betrachtet Ihr die „Erklärung zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie" als nicht mehr von Bedeutung?

Dies würde Euch als äußerst unernsthafte Organisation entlarven, die Vereinbarungen wohl nur zum reinen Vergnügen trifft und sich durch ihre Unterschrift nicht im jeder Schattierung gegen alles, was irgendwie Kritik von Geringsten verpflichtet fühlt. Gerade heute, wo Maoisten links an ihnen übt, blind drauf los wüten, ist ein solches Verhalten Selb stmör de rtum.

2. Oder betrachtet Ihr die oben genannte Erklärung nur für einzelne Städte, wie etwa Berlin, gültig?

Dies würde den föderalistischen Charakter Eurer Organisation erneut unterstreichen.

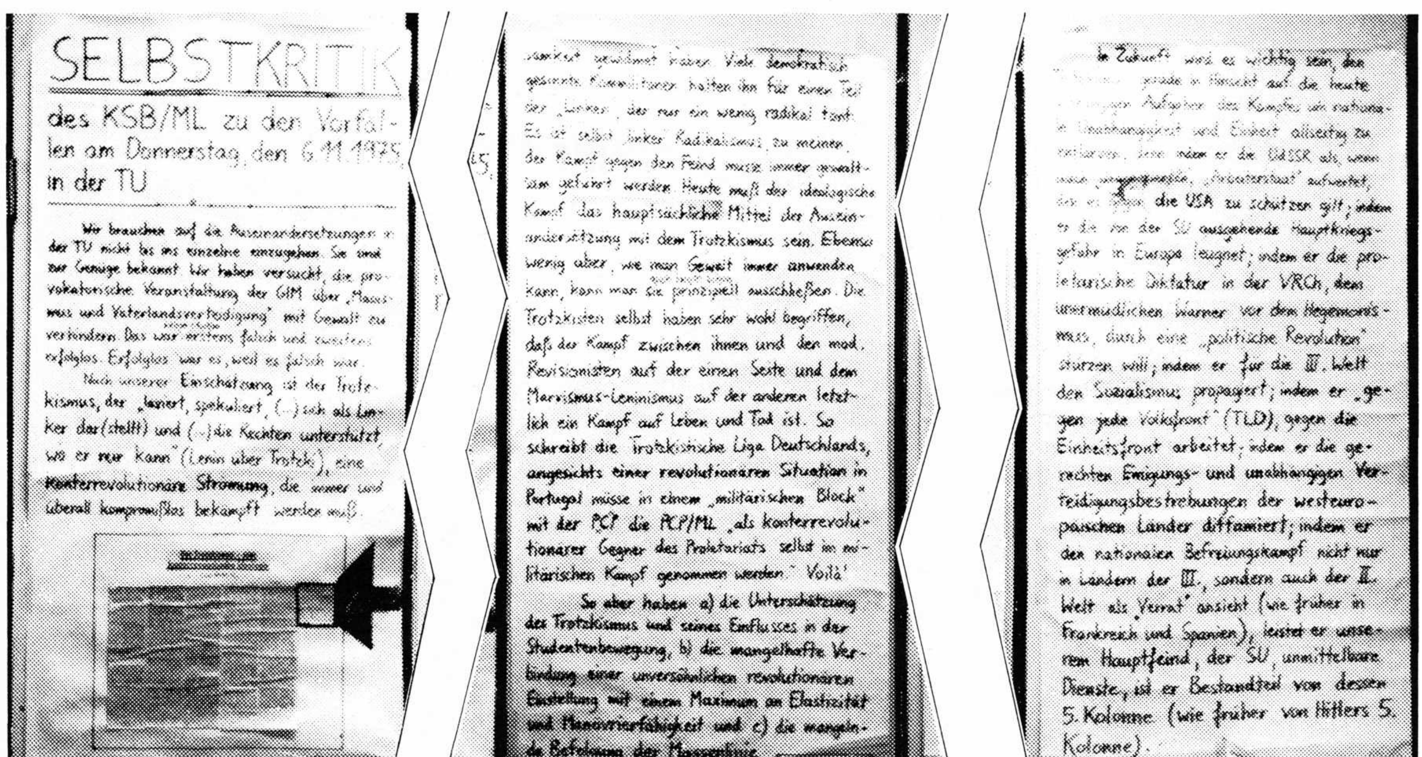
3. Falls Ihr der Meinung seid, daß Ihr noch immer als nationale Organisation hinter dieser Abmachung steht, wie ist es dann zu erklären, daß sich Eure Kölner Sympathisantengruppe nicht im Geringsten davon berührt fühlt und nur durch ihre stillschweigende Abwesenheit glänzte?

Wir können nur die eine Erklärung finden, daß sie in der Frage der Verteidigung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie wohl nicht mit Euch „sympathisiert".

Wir möchten in diesem Zusammenhang nur daraufhinweisen, daß kurz danach, bei einer Demonstration am 25.2. 1976 gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der BVG in Berlin unsere Genossen sofort den Block des Spartacusbundes verteidigten, als dieser von der KPD/ML angegriffen wurde, und umgekehrt Eure Genossen bereit waren, unsere Transparente zu schützen.

Wir ersuchen Euch daher um sofortige Erklärung für das vollkommen widersprüchliche Verhalten Eurerseits in Berlin und Köln.

Mit bolschewistischen Grüßen
G.Gerian
Organisationskomitee Köln
im Auftrag des Zentralkomitees
der Trotzkistischen Liga Deutschlands



SELBSTKRITIK

des KSB/ML zu den Vorfällen am Donnerstag, den 6.11.1975 in der TU

Wir brauchen auf die Auseinandersetzungen in der TU nicht bis ins einzelne einzugehen. Sie sind zur Genüge bekannt. Wir haben versucht, die provokatorische Veranstaltung der GIM über „Maoismus und Vaterlandsverteidigung" mit Gewalt zu verhindern. Das war erstens falsch und zweitens erfolglos. Erfolglos war es, weil es falsch war.

Nach unserer Einschätzung ist der Trotzkismus, der „laviert, spekuliert, (...) sich als Linker dar(stellt) und (...) die Rechten unterstützt, wo er nur kann" (Lenin über Trotzki), eine konterrevolutionäre Strömung, die immer und überall kompromißlos bekämpft werden muß.

[illegible] gewidmet haben. Viele demokratisch gesinnte Kommilitonen halten ihn für einen Teil der „Linken", der nur ein wenig radikal tönt. Es ist selbst linker Radikalismus, zu meinen, der Kampf gegen den Feind müsse immer gewaltsam geführt werden. Heute muß der ideologische Kampf das hauptsächliche Mittel der Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus sein. Ebenso wenig aber, wie man Gewalt immer anwenden kann, kann man sie prinzipiell ausschließen. Die Trotzkisten selbst haben sehr wohl begriffen, daß der Kampf zwischen ihnen und den mod. Revisionisten auf der einen Seite und dem Marxismus-Leninismus auf der anderen letztlich ein Kampf auf Leben und Tod ist. So schreibt die Trotzkistische Liga Deutschlands, angesichts einer revolutionären Situation in Portugal müsse in einem „militärischen Block" mit der PCP die PCP/ML „als konterrevolutionärer Gegner des Proletariats selbst im militärischen Kampf genommen werden." Voilà!

So aber haben a) die Unterschätzung des Trotzkismus und seines Einflusses in der Studentenbewegung, b) die mangelhafte Verbindung einer unversöhnlichen revolutionären Einstellung mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit und c) die mangelnde Befolgung der Massenlinie [illegible]

In Zukunft wird es wichtig sein, den [illegible] gerade in Hinsicht auf die heute [illegible] Aufgaben des Kampfes um nationale Unabhängigkeit und Einheit allseitig zu entlarven. [illegible] indem er die UdSSR als [illegible] „Arbeiterstaat" aufwertet, [illegible] die USA zu schützen gilt; indem er die von der SU ausgehende Hauptkriegsgefahr in Europa leugnet; indem er die proletarische Diktatur in der VRCh, dem unermüdlichen Warner vor dem Hegemonismus, durch eine „politische Revolution" stürzen will; indem er für die III. Welt den Sozialismus propagiert; indem er „gegen jede Volksfront" (TLD), gegen die Einheitsfront arbeitet; indem er die gerechten Einigungs- und unabhängigen Verteidigungsbestrebungen der westeuropäischen Länder diffamiert; indem er den nationalen Befreiungskampf nicht nur in Ländern der III., sondern auch der II. Welt als „Verrat" ansieht (wie früher in Frankreich und Spanien), leistet er unserem Hauptfeind, der SU, unmittelbare Dienste, ist er Bestandteil von dessen 5. Kolonne (wie früher von Hitlers 5. Kolonne).

**Nachdem die Maoisten bei ihrem Versuch, die GIM-Veranstaltung vom 6. November 1975 gewaltsam zu verhindern, eine Niederlage erlitten hatten, übten sie auf einer Wandtafel in der Freien Universität Berlin „Selbstkritik": „Heute muß der ideologische Kampf das hauptsächliche Mittel der Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus sein." Folglich polemisierten sie gegen die TLD. Aber schon am 25. Februar 1976 scheuten sie den ideologischen Kampf; sie versuchten es wieder mit massiver Anwendung physischer Gewalt.**

# Schluß mit den Gangsterüberfällen der KPD/ML
# Verteidigt die Arbeiterdemokratie!

Der brutale Überfall der KPD/ML auf die Blöcke der Trotzkistischen Liga Deutschlands, des Spartacusbundes und des Kommunistischen Bundes während der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen der BVG am 25. Februar 1976 hat den Bankrott dieser Organisation und des Stalinismus als politischer Strömung erneut demonstriert. TLD, Spartacusbund und KB hatten sich in eigenen Blöcken an dieser Demonstration beteiligt.

Im Verlauf der Demonstration versuchte ein Schlägertrupp der KPD/ML die TLD und den Spartacusbund von den vorhergehenden Blöcken abzudrängen und forderte Genossen auf, sich nicht bei „den Trotzkisten" einzureihen. Nachdem die „progressive Öffentlichkeit", die „Volksmassen" genügend weit entfernt waren und das schmutzige Geschäft nicht mehr wahrnehmen konnten, schlug die Stalinistenbande zu. Sie begannen damit, Plakate und Transparente des Spartacusbundes und der TLD zu zerschlagen, und prügelten mit Vandalengewalt auf die Genossen ein. Es gelang jedoch, die Ketten der stalinistischen Schläger zu durchbrechen und nach vorn vorzustoßen. Die TLD und der Spartacusbund formierten ihre Blöcke neu, nun vor dem KB marschierend. Die fortgesetzten brutalen Attacken der KPD/ML richteten sich jetzt auch gegen den KB. Nachdem in diesen Auseinandersetzungen des letzte Plakat der TLD trotz heftiger Gegenwehr von den stalinistischen Gangstern zerstört worden war, brachen wir — gemeinsam mit dem Spartacusbund — unsere Demonstrationsbeteiligung ab. Der Block des KB wurde ebenfalls zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Überfalls der KPD/ML aufgelöst.

Dieser kriminelle antikommunistische Akt der KPD/ML muß von allen Organisationen, Tendenzen und Individuen, die sich auf die Prinzipien der Arbeiterdemokratie berufen, scharf verurteilt werden. Die Schüler Stalins, Maos und Konsorten folgen den Fußstapfen ihrer ideologischen Ziehväter. Während die russische und die chinesische Bürokratie Tausende von Bolschewiken ermordeten, laufen die derzeitigen Versuche der konterrevolutionären stalinistischen Organisationen (neben KPD/ML auch KPD, KBW, DKP/SEW etc.), ihre politischen Gegner in der Arbeiterbewegung physisch zu liquidieren, noch in kleinerem Maßstab ab. Zu mehr reicht es gegenwärtig noch nicht. Auch haben diese Gruppen Angst, vor ihrer „progressiven Öffentlichkeit" desavouiert zu werden.

So war dann auch der letzte größere Überfall der KPD/ML und der KPD im November letzten Jahres auf die Maoismus-Veranstaltung der GIM in der Technischen Universität Berlin eine Niederlage für die Stalinisten, er konnte zurückgeschlagen werden und die Veranstaltung stattfinden. Und die Studentenorganisation der KPD/ML war gezwungen, vor der Öffentlichkeit der „demokratischen" Studenten „Selbstkritik" zu üben.

Aber auch der K3W, der am Mittwoch im Bündnis mit der KPD/ML marschierte und die dort stattgefundenen Attacken stillschweigend tolerierte, ist ein politischer Gegner der Prinzipien der Arbeiterdemokratie. Er hat nicht nur eine Praxis von bürokratischer Manipulation der Rednerlisten und von Redeverboten für gegnerische Organisationen auf öffentlichen Veranstaltungen. Er ignoriert offensichtlich vorher getroffene Aktionseinheitsabsprachen. So beispielsweise das Verhalten des KBW auf der Berliner Demonstration vom 16. Januar gegen den § 88a, wo er entgegen den Absprachen nach seiner Rede die Kundgebung für beendet erklärte (!), die Polizei somit die Versammlung auflösen konnte und KB sowie GIM nicht mehr zu ihren Reden kamen. Der KBW liebäugelt permanent (und gegenwärtig verstärkt, um die KPD/ML von einer Liaison mit der KPD abzuhalten) mit dem maoistischen Mummenschanz der „marxistisch-leninistischen Bewegung". Er ist eine durch und durch stalinistische Organisation, deren zur Schau getragener reformistischer Demokratismus nur eine Variante konterrevolutionären Verrats ist. Und der KBW wendet ebenfalls physische Gewalt gegen andere Tendenzen in der Arbeiterbewegung an. So geschehen z.B. am 21. Februar auf der Demonstration gegen den § 218 in Köln: Als das Kölner Organisationskomitee der TLD sich zu Beginn der Demonstration weigerte, ein Plakat mit einer Losung gegen den reformistischen Volksentscheid des KBW zu entfernen, drangen etliche KBW-Schläger gewaltsam in den TLD-Block ein und vernichteten in der Auseinandersetzung das Plakat.




**TLD und Spartacusbund versuchen, die KPD/ML-Sperrkette zu durchbrechen**

Da dieser stalinistische Überfall vom KBW im vorhinein angekündigt war, hatte das Organisationskomitee Köln der TLD die lokale Gruppe der GIM und die Kölner Sympathisantengruppe des Spartacusbundes aufgefordert, im Falle eines Angriffs auf unseren Block gemeinsame Schutzmaßnahmen zu ergreifen; so wie es in Berlin in einer Erklärung zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie am 18. November 1975 von der GIM, dem Spartacusbund und der TLD anläßlich des Angriffs der KPD und der KPD/ML auf eine GIM-Veranstaltung vereinbart worden war. Doch GIM und Spartacusbund verteidigten unseren Block *nicht* gegen den Gangsterüberfall des KBW.

Der KB hat noch nicht einmal im Ansatz ein Verständnis von Arbeiterdemokratie. Wir anerkennen durchaus, daß er am 25. Februar in Berlin gemeinsam mit uns gegen die KPD/ML gestanden hat; so wie wir unsere Bereitschaft bekunden, durch Aktionseinheiten den KB wie alle Tendenzen der Arbeiterbewegung gegen physische Attacken zu verteidigen. Doch der KB zeigt diese prinzipielle Bereitschaft keineswegs. Im Gegenteil, erst kürzlich auf einer Berliner CISNU-Veranstaltung im Januar dieses Jahres behinderten KB-Genossen (und das erfolgte nicht erstmals) die KPD beim Verkauf ihrer *Roten Fahne*. In ihrer Berliner Zeitung *rotfrontstadt* (Nr. 11, 3.12.75) erklärte der KB anläßlich des Überfalls von KPD und KPD/ML auf die GIM-Veranstaltung und in ausdrücklicher Bezugnahme auf unsere prinzipielle Verteidigung der Arbeiterdemokratie (im *Extrablatt der Kommunistischen Korrespondenz* vom 22. November 1975), daß „die Trotzkisten" mit ihrer prinzipiellen Verteidigung der Arbeiterdemokratie die sozialchauvinistische Linie der Vaterlandsverteidiger decken würden; er bekennt sich dort offen zu etlichen physischen Attacken gegen andere Tendenzen der Arbeiterbewegung, er rechtfertigt sie prinzipiell; und er gibt deutlich zu verstehen, daß es für ihn lediglich eine Frage des Kräfteverhältnisses ist, Angriffe auf andere Organisationen als opportun zu betrachten oder nicht. Der KB kann keine Klassenlinie ziehen! Er macht seine Verteidigung anderer Tendenzen der Arbeiterbewegung von programmatischen Bedingungen abhängig: nur wenn er die politische Linie selbst verteidigen kann, wenn er sich in einer Aktionseinheit oder gar in einem prinzipienlosen Propagandablock mit einer anderen Organisation befindet, zeigt er die Bereitschaft, diese zu verteidigen.

### Arbeiterdemokratie: keine moralische Frage

Die Frage der Arbeiterdemokratie ist für uns keine moralische Frage. Auch sind wir keine Einheitsapostel, die nach einer harmonischen Verschmelzung der diversen reformistischen bzw. zentristischen Programme schreien. Im Gegenteil, wir wissen, daß nur die Mobilisierung für das revolutionäre Übergangsprogramm unter der Führung der wiederzuschaffenden Vierten Internationale die Arbeiterklasse zum Sieg, zur Eroberung der Staatsmacht führen kann. Alle anderen Wege führen die Arbeiterklasse in (oftmals blutige) Sackgassen. Gerade aus diesem Grunde ist die uneingeschränkte scharfe programmatische Auseinandersetzung eine Lebensfrage für die Arbeiterbewegung, ist sie notwendig, damit sich die bolschewistische Avantgardepartei zur Führerin des Proletariats entwickeln und ihrer historischen Aufgabe der Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaft gerecht werden kann. Die Anwendung physischer Gewalt in der Arbeiterbewegung behindert diesen politischen Kampf, sie ist ein letztlich konterrevolutionäres Mittel.

Gewaltanwendung in der Arbeiterbewegung gibt zudem dem bürgerlichen Staat einen ausgezeichneten Vorwand (keinen Anlaß, nur einen Vorwand), seine Unterdrückungspolitik gegenüber *allen* linken Organisationen auszuweiten. Die Bourgeoisie und ihr Staat warten auf solche Provokationen, um ihre Angriffe gegen die Arbeiterbewegung besser rechtfertigen zu n. So war es kein Zufall, daß nach dem stalinistischen Überfall auf die GIM-Veranstaltung im November 1975 verstärkt eine Welle von Raumverboten für die gesamte Linke einsetzte.

Aus diesen Gründen kämpft die Trotzkistische Liga Deutschlands beständig für die Einhaltung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie. Jede Organisation der Arbeiterbewegung muß frei ihre eigene Propaganda entfalten, Flugblätter verteilen, im eigenen Block unter eigenen Losungen marschieren, auf öffentlichen Veranstaltungen reden können usw. Wir kämpfen für die Einhaltung des Prinzips *fax Einheit der Aktion* bei gleichzeitiger *Freiheit der Propaganda!*

### Stalinistische Methoden: im Interesse der Konterrevolution!

Aber wir wissen auch: Unsere Prinzipien der Arbeiterdemokratie, d.h. die Prinzipien, die im historischen Interesse der Arbeiterbewegung sind, können von Stalinisten letztlich nicht akzeptiert werden, weil diese Kräfte gegen die historischen Interessen des Proletariats kämpfen, weil sie eine konterrevolutionäre Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung sind. **Es** ist die Funktion des Stalinismus, den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fesseln und niederzuschlagen selbst durch die physische Liquidierung der Vorhut des Proletariats, der Trotzkisten. Der Stalinismus — die Syphilis der Arbeiterbewegung — muß politisch zerschlagen werden.

Die Anwendung physischer Gewalt ist also ein Ausdruck der konterrevolutionären Funktion des Stalinismus. Sie erfolgt gegenwärtig seitens der Maoisten in einer politischen Situation, wo sich die maoistische Bewegung weltweit in einer schweren Krise befindet: Die VR China kollaboriert mit der NATO, dem US-Imperialismus, der chilenischen Junta, dem CIA und Südafrika in Angola usw., nur um der konkurrierenden parasitären Bürokratie in Moskau den Führungsanspruch bei der Kollaboration mit dem Imperialismus streitig zu machen. Nach dem Niedergang der Studentenbewegung mit ihrer Euphorie für die „Dritte Welt" und die „Kulturrevolution" beruht die relative „Blüte" des Maostalinismus in der BRD und Westberlin im Appell an die rückständigsten sozialchauvinistischen Tendenzen in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum, beruht in den antikommunistischen Ressentiments großer Teile der westdeutschen Arbeiterklasse, verursacht durch die Teilung der deutschen Nation in einen kapitalistischen Staat und in einen deformierten Arbeiterstaat.

Wir fordern alle Tendenzen und Organisationen der Arbeiterbewegung auf, den Überfall der KPD/ML vom 25. Februar 1976 auf die Trotzkistische Liga Deutschlands, den Spartacusbund und den KB schärfstens öffentlich zu verurteilen. Diesem politischen Gangstertum muß ein Ende gesetzt werden.

- **Schluß mit den Gangsterüberfallen der KPD/ML! Verteidigt die Arbeiterdemokratie!**
- **Für scharfe programmatische Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung durch politischen Kampf! In der Aktionseinheit: Freiheit der Propaganda!**
- **Für den Aufbau der bolschewistischen Partei in Deutschland! Vorwärts zur wiederzuschaffenden Vierten Internationale, der Partei der proletarischen Weltrevolution!**

Berlin, den 27. Februar 1976

## Impressionismus und Voluntarismus

# Die falsche Methode von GIM-Kompaß bei der Analyse der SPD

Die Kernfrage der deutschen Revolution ist die Frage der Sozialdemokratie. Das westdeutsche Proletariat steht unter der ideologischen Kontrolle der SPD. Diese Partei, ein getreuer Büttel des Imperialismus, wird getragen vom massiven Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse. Die Zerschlagung der ideologischen Kontrolle der Sozialdemokratie — und d.h. auch die Zerschlagung dieser Partei — ist das wesentliche Moment einer revolutionären Perspektive in Westdeutschland, des Weges zur Eroberung der proletarischen Staatsmacht. Durch die ideologische Vorherrschaft der Sozialdemokratie erweist sich diese als die zentrale konterrevolutionäre Barriere *in* der Arbeitermassenbewegung, als das zentrale Hemmnis bei der Freisetzung der revolutionären Potenz des westdeutschen Proletariats. Keine vorgeblich revolutionäre Organisation kann diesen Tatbestand leugnen; jede dieser Organisationen ist gezwungen, eine politische Antwort auf das Problem der Zerschlagung der konterrevolutionären Sozialdemokratie zu geben. Und von dieser Antwort kann abgelesen werden, ob eine Organisation über eine marxistische Methodik verfügt, ob sie eine revolutionäre Orientierung einschlagen kann — oder ob sie in der einen oder anderen Weise vor dem konterrevolutionären Reformismus kapituliert: Offen, indem sie eine selber reformistische „Alternative" anbietet, oder versteckt hinter zentristischer Hilflosigkeit.

### Die pabloistische Tradition der Kapitulation vor der SPD

Ein Paradebeispiel solch eines Zentrismus ist der Pabloismus, eine revisionistische Tendenz in der Arbeiterbewegung, die sich zwar auf den Trotzkismus zu berufen versucht, mit diesem aber bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten gebrochen hat. Die Organisation, die in Deutschland in direkter Weise die politische Tradition und organisatorische Kontinuität des Pabloismus verkörpert, ist die GIM, eine Sektion des sogenannten „Vereinigten" Sekretariats. Diese Organisation tauchte in der Linken Ende der sechziger Jahre aus einer tiefen Versenkung, dem sogenannten Integrationsentrismus, aus der SPD auf. Ihre wenigen Kader hatten in den fünfziger und sechziger Jahren versucht, in der Sozialdemokratie die von ihnen als stabile Periode des „Neokapitalismus" charakterisierten Jahre zu überwintern. Der Integrationsentrismus war eine politische Orientierung vollständiger Anpassung an linkssozialdemokratische Elemente.

Die Liquidierung dieser Orientierung warf die pabloistische Organisation in eine tiefe Krise. Sie spaltete sich 1969; aus einem Spaltprodukt entstanden IKD/KJO, Vorläufer des heutigen Spartacusbundes. Diese Krise hat jedoch nicht zur politischen Überwindung des Pabloismus in Deutschland geführt, sie hat vielmehr politische Tendenzen freigesetzt, die in unterschiedlicher Weise weiter vor der Sozialdemokratie kapitulieren. Die frühere rechtsopportunistische Kapitulation des Pabloismus in Form des Integrationsentrismus wurde abgelöst von linksopportunistischen Kapitulationen (IKD/KJO, Spartacusbund, GIM-Kompaß), die alle aber im Rahmen pabloistischer Methodik verbleiben. Die Sozialdemokratie wird als Teil der Arbeiterbewegung geleugnet, linke Phrasen decken den bürgerlichen Charakter der SPD ab; gleichzeitig drückt dies einen klassenfremden Einfluß aus, vermittelt über die Ideologien der Neuen Linken und deren soziale Basis. Die Zurückweisung der sozialdemokratischen Arbeitermassen als politische Strömung der Arbeiterbewegung ist meist verbunden mit einer rechtsopportunistischen Kapitulation vor dem Stalinismus als einer originären Form von Arbeiterpolitik (charakteristisch bei IKD/KJO und Spartacusbund).

Der Linksopportunismus ist für uns Trotzkisten von Bedeutung, weil er eine erneute Sackgasse für subjektiv ernsthafte revolutionäre Elemente darstellt, die mit bestimmten Formen des traditionellen pabloistischen Zentrismus zu brechen suchen. Der Opportunismus, der hinter der Spartacusbund-Einschätzung der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Partei, die sich auf die Arbeiter stützt, steckt, ist von uns in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 7, Februar 1975, entlarvt worden. Wir polemisieren in dieser Ausgabe gegen die Position der Kompaß-Gruppe, einer Tendenz in der GIM (zur allgemeinen Charakterisierung von Kompaß siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 5, November 1974).

Diese Polemik ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Die Kompaß-Position gibt uns einen charakteristischen Einblick in begriffslose Vergangenheitsbewältigung des Pabloismus. Sie ist typisch für die „3. Tendenz" des „Vereinigten" Sekretariats. Sie dokumentiert, daß sich hinter einer Formel, die Kompaß *und* Spartacusbund verwenden, fundamental widersprüchliche Einschätzungen verbergen können. Das sollte der Spartacusbund zur Kenntnis nehmen, wenn er in Wien das Kommunistische Kollektiv und Spartacus Wien zu fusionieren trachtet, um mit ihnen ein neues Londoner Büro aufzumachen; denn das Kommunistische Kollektiv akzeptiert völlig die Kompaß-Position, ja, schließt sogar in seinem Begründungszusammenhang noch an die Neokapitalismus-Argumentation der IKD an! Und sie zeigt schließlich* wie einige fixe Ideen der Neuen Linken als Trotzkismus mißverstanden werden.

Neben den in der GIM-Zeitschrift *die internationale* Nr.



Vetter und Schmidt: DGB- und SPD-Führung stets einig beim reformistischen Verrat

8, Dezember 1975, publizierten „Thesen zur Taktik gegenüber der SPD", die Kompaß der Nationalen Konferenz der GIM vom Februar 1975 vorgelegt hatte, haben wir für unsere Analyse noch den älteren Thesenentwurf von Kompaß „Unsere Haltung zur SPD" (19. September 1974) sowie die Diskussionsartikel von Karl „Die SPD — eine bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt und von ihr gestützt wird" und „Kritik der Mintoff sehen SPD-Argumentation" benutzt; berücksichtigt wurde zusätzlich der Diskussionsartikel von Reale „Die SPÖ, eine bürgerliche Partei, gestützt auf die Arbeiterklasse". Die Diskussionsartikel sind von den jeweiligen Wortführern der „3. Tendenz" der VS-Sektionen in Deutschland (Karl von Kompaß) und Österreich (Reale von der Tendenz Neuer Kurs) verfaßt. Nach dem Ausschluß




der TNK aus der GRM konstituierte sich ein Teil dieser Ex-„3. Tendenz" als Kommunistisches Kollektiv Wien und nahm — wie schon erwähnt - Beziehungen zum Spartacusbund auf. Wie gehen nicht auf alle Probleme ein, die durch diese Tendenzen und ihre politischen Positionen gestellt werden; wir beschränken uns auf einige wenige Kernfragen der Dokumente zur Sozialdemokratie. Weitere Aspekte unserer Polemik gegen die „3. Tendenz" werden in dem Artikel „Die FMR: Zentrismus communis generis" in *Bulletin der Bolschewiki-Leninisten* Nr. 8 behandelt.

### Reformismus ist bürgerliche Arbeiterpolitik

Kompaß beginnt seine Analyse mit einer opportunistischen Kapitulation vor dem Reformismus. Ausgangspunkt seiner Einschätzung ist die Feststellung, Arbeiterparteien repräsentieren die selbständige, unabhängige Organisierung der Arbeiterklasse; eine Arbeiterpartei sei eine Partei, die die „Klasse für sich" darstellt.

> „Die Schaffung der Arbeiterpartei durch die Arbeiterklasse ist somit der organisatorische Ausdruck von deren Einsicht in die Notwendigkeit ihrer historischen Mission und damit ihrer politischen Selbständigkeit. Dadurch konstituiert sich das Proletariat von der ‚Klasse an sich', die bloßes Ausbeutungsmaterial ist und lediglich um ihren eigenen Verkaufspreis an die Kapitalisten kämpft, als ‚Klasse für sich', die sich auf den Boden des *politischen* Klassenkampfes stellt, d.h. die sich perspektivisch auf ihre eigene Befreiung, die zugleich die Befreiung der ganzen Menschheit ist, hinbewegt... Die Arbeiterpartei basiert auf dem Prinzip *Klasse gegen Klasse* auf der politischen Ebene, d.h. sie steht auf dem Boden eines von der Bourgeoisie gesonderten politischen Interesses des Proletariats (Klasseninteresse) und anerkennt damit die Notwendigkeit des *Klassenkampfes.* Eine Arbeiterpartei beruft sich politisch auf die Arbeiterklasse und erhebt den Anspruch, die Bourgeoisie im Namen des Arbeiterinteresses politisch zu bekämpfen (politischer Klassenkampf)" („Thesen zur Taktik gegenüber der SPD" von Kompaß).

Kompaß schließt mit diesem Gedanken in Worten an frühe Marxsche Formulierungen an. Marx hat den Konstitutionsprozeß des Proletariats von der im und durch den Kapitalismus entstandenen „Klasse an sich" zur bewußten „Klasse für sich" jedoch als die Herausbildung des Proletariats zum revolutionären geschichtsmächtigen Subjekt verstanden. D.h.: das Proletariat als „Klasse für sich" ist die revolutionäre Arbeiterklasse und sonst keine; die Arbeiterpartei als organisatorischer Ausdruck der „Klasse für sich" ist die revolutionäre Arbeiterpartei und sonst keine.

Kompaß irrt sich also gewaltig, wenn er behauptet, die „Klasse für sich" stelle sich in einem Programm dar, das nicht notwendig revolutionär sein müsse. Der Wortführer versucht, „Mißverständnissen vorzubeugen: Die Tatsache, daß Klasse ‚für sich' nur in Gestalt eines Programms darstellbar ist, bedeutet *nicht,* daß sie nur durch das revolutionär-marxistische Programm darstellbar ist. Dann hätte es ja in der Geschichte so gut wie gar keine Arbeiterparteien gegeben" („Kritik der Mintoff sehen Argumentation" von Karl). Allerdings lassen sich die *revolutionären* Arbeiterparteien als Ausdruck der „Klasse für sich" zählen, nicht jedoch die organisatorischen Gestalten des Reformismus. Nach Kompaß sei „Klasse für sich" durch die organisatorische und politische Selbständigkeit des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie gewährleistet (Kompaß unterscheidet nicht zwischen organisatorischer und politischer Selbständigkeit der Arbeiterklasse); also reformistische (oder ökonomistische) Arbeiterorganisationen wie Gewerkschaften repräsentieren als von der Bourgeoisie gesonderte Organisationen des Proletariats dessen Selbständigkeit und Selbsttätigkeit — auch wenn sie (wie die Gewerkschaften) gegen das historische Ziel der proletarischen Selbständigkeit, die Konstituierung des Proletariats zur Staatsmacht, zum revolutionären Subjekt kämpfen. Konsequenz: Kompaß hat kein korrektes Verständnis bürgerlicher Arbeiterpolitik, kein Verständnis vom konterrevolutionären Charakter des Reformismus. Er bescheinigt dem Reformismus eine aktive Teilnahme am Prozeß der Herstellung der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse, wobei Kompaß zwar eine gewisse Widersprüchlichkeit in dieser aktiven Teilnahme sieht, doch nicht den Reformismus wesentlich als interne Barriere gegen diesen Prozeß versteht. „Reformistische und stalinistische Parteien sind also Arbeiterparteien, die aktiv *an dem Prozeß der Herstellung der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse teilnehmen"* (Taktik-Thesen von Kompaß). Wir sagen, selbst Gewerkschaften werden zum Instrument der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf nur unter der Führung der Vierten Internationale, nur mit dem revolutionären Übergangsprogramm.

Kompaß versteht Reformismus als ein — wenn auch unzulängliches — *Instrument der Arbeiterklasse für ihren Klassenkampf:* „Die SPD wird nie wieder ein Instrument der Arbeiterklasse für ihren Klassenkampf werden, nicht einmal ein reformistisches" (Karl).Demgegenüber haben Lenin und Trotzki — und wir stehen in dieser Tradition — den konterrevolutionären Charakter des Reformismus schärfstens bekämpft. Reformismus dient im Imperialismus nicht einer Reform des Kapitalismus im Interesse der Arbeiterklasse, sondern bezeichnet den *Verzicht* auf solche Reformen. Reformismus ist kein Instrument der Arbeiterklasse, sondern eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung. Indem Kompaß den Reformismus hochjubelt, ist klar, daß er die „konkrete" Sozialdemokratie dieser Kategorie nicht zuordnen kann.

Mit inbrünstiger Überzeugung stellt Kompaß fest:

> „Die Funktion der heutigen SPD gegenüber dem Proletariat ist es, die Aktivität der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, auf das Programm der

# Grußadresse an WORKERS VANGUARD

Trotzkistische Liga Deutschlands

An die Redaktion von ***Workers Vanguard***

Berlin, d. 2. März 1976

Herzlichen Glückwunsch zur ***Workers Vanguard*** Nr. 100!

Die Herausgabe der einhundertsten Nummer von ***Workers Vanguard,*** die seit der Nr. 76 wöchentlich erscheint, ist ein großer Erfolg für die Spartacist League/US und für unsere internationale Tendenz. Die bisherigen Ausgaben der wöchentlichen ***Workers Vanguard*** sind ein einziger demonstrativer Beweis für die verantwortliche Publikationstätigkeit der Spartacist League. ***Workers Vanguard*** ist kein „Papiertiger" wie die kürzlich verstorbene Tageszeitung der healyistischen WRP, deren Pseudoagitation die Aktivität der Organisation weitgehend ersetzte. ***Workers Vanguard*** ist in das organisatorische Leben der Spartacist League integriert. Die Artikel zeugen von der revolutionären Aktivität der Organisation und von der ernsthaften Arbeit am Aufbau der revolutionären Partei in den USA sowie der internationalen Trotzkistischen Liga. Auch als Wochenzeitung ist ***Workers Vanguard*** ein marxistisches Organ geblieben — in der Tradition des besten bolschewistischen Journalismus. Wir grüßen die einhundertste Ausgabe von ***Workers Vanguard*** und fühlen uns erinnert an die Leninsche ***Iskra.***

Während des Erscheinens der Nr. 100 von ***Workers Vanguard*** arbeitet die Trotzkistische Liga Deutschlands an der Herausgabe der Nr. 13 der ***Kommunistischen Korrespondenz,*** eines Zweimonatsorgans, das noch nicht die umfassende Propaganda und die exemplarische Agitation der wöchentlichen ***Workers Vanguard*** leistet. Doch ist uns neben dem politischen Niveau der ***Workers Vanguard*** auch der verantwortliche Publikationsaufbau der Spartacist League ein Vorbild. Die wöchentliche ***Workers Vanguard*** dient der Trotzkistischen Liga Deutschlands wie allen Sektionen der internationalen Spartacist Tendenz als machtvolle Waffe im Kampf für die revolutionäre Weltpartei des Proletariats.

— Vorwärts zum Aufbau der Internationalen Trotzkistischen Liga!
— Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Politisches Büro der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Bourgeoisie zu beschränken" („Unsere Haltung zur SPD" von Kompaß).

Genau das ist aber die wesentliche Funktion des Reformismus: die Arbeiterklasse in ihrem Kampf auf den Rahmen des kapitalistischen Systems zu beschränken. Zur Wahrnehmung dieser Funktion betreibt die Sozialdemokratie natürlich keine Politik, die genau so auch von einer x-beliebigen bürgerlichen Partei vertreten wird. Aber das Programm der Sozialdemokratie, nicht im formalen Sinne, sondern deren ( historische Funktion im Imperialismus kennzeichnend, ist ein Programm im Interesse der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Aber die Sozialdemokratie erfüllt dieses Programm als Arbeiterpartei!

Dieses Unverständnis des Reformismus als bürgerlicher Arbeiterpolitik, des klassenwidersprüchlichen Charakters der Sozialdemokratie als bürgerlicher Arbeiterpartei läßt Kompaß durchaus nicht frei von unfreiwilliger Komik argumentieren: Die Sozialdemokratie sei keine reformistische (bürgerliche, konterrevolutionäre) Arbeiterpartei, weil sie nicht die Einheit der Arbeiterklasse darstelle!! In solchen Bemerkungen drückt sich die totale ideologische Verwirrung der Kompaß-Impressionisten aus.

Historisch kann die Einheit des Proletariats nur unter revolutionärer Führung, d.h. als revolutionäres Subjekt, hergestellt werden. Dies ist — wie Trotzki oft genug analysiert hat — ein widerspruchsvoller Prozeß, die Arbeiterklasse tritt nicht homogen in die Geschichte. Und die Bourgeoisie nimmt ideologischen Einfluß auf das Proletariat — auch und gerade durch Agenturen in der Arbeiterbewegung. Reformismus als geschichtliche Realität heißt: die Arbeiterklasse ist gespalten (daraus erwächst die Taktik der Einheitsfront). Zwar hat Kompaß recht, daß die Voraussetzung für die Herstellung der Klasseneinheit der Bruch mit der SPD sei; aber das heißt weder: eine „konkrete" Aktionseinheit gegen die Kapitalistenklasse setze diesen Bruch voraus, noch: die Sozialdemokratie stehe außerhalb der Arbeiterbewegung. Solche Konsequenzen, die Kompaß zieht, sind vergleichbar denen der Stalinisten in ihrer ultralinken „Dritten Periode" mit der Identifizierung der Sozialdemokratie als sozialfaschistischer Kraft. Es ist also folglich nicht zufällig, daß Kompaß sich gegenüber oppositionellen Elementen in der Sozialdemokratie offen zu einer Politik der Einheitsfront von unten bekennt.

**Impressionismus und Voluntarismus: Kompaß übt sich in pabloistischer Methodik**

Die Charakterisierung der Sozialdemokratie als eine durch und durch bürgerliche Partei, die Gegenüberstellung der SPD gegen den Reformismus als Instrument realer Arbeiterpolitik hat mehrere Implikationen. Sie zwingt Kompaß zur Geschichtsfälschung, d.h. die „reformistische" SPD (bis 1933) wird von der „sozialliberalen" SPD (irgendwann nach 1945) durch Beschönigung des Reformismus abgehoben. Voluntaristisch werden irgendwelche neuen qualitativen Übergänge gesetzt, es gibt gewissermaßen ein Kontinuum von zunehmender Entartung qualitativer Art! Solch ein Gradualismus steht im Widerspruch zum marxistischen Verständnis der konterrevolutionären Funktion des Reformismus. Die Sozialdemokratie ist 1914 mit ihrer Zustimmung zum imperialistischen Krieg politisch ins Lager der Bourgeoisie abgeschwenkt; seither spielt sie in den Reihen der Arbeiterbewegung die Rolle des Gendarmen der imperialistischen Bourgeoisie. Dies gilt nicht nur für die SPD, sondern für die II. Internationale generell. Kompaß irrt, wenn er der deutschen Sozialdemokratie eine von der internationalen Entwicklung abweichende Geschichte der Degeneration andichtet.

Was sind nun die vom Kompaß genannten qualitativen

Änderungen der Sozialdemokratie nach 1914, vom Reformismus zum sozialen Liberalismus?

### 1. Proletarische Basis und Arbeiterbürokratie

Während noch nach 1914 die SPD dem Druck ihrer sozialen Basis ausgesetzt sei, entfalle diese zunehmend; vor allem sei die SPD nach 1933 aus dem politische Leben der Arbeiterklasse getilgt worden und konnte nachher nicht mehr so recht als Mitgliederpartei aufkommen. Kompaß verkennt damit vollständig, daß auch heute noch die Sozialdemokratie mittels ihrer Führung nicht nur eine Politik im Interesse der Bourgeoisie betreibt, sondern zugleich die Arbeiterklasse ihre Ansprüche an diese Partei stellt, ihre Interessen über sie zu vertreten sucht. Kompaß übersieht bei der Charakterisierung der Sozialdemokratie — ängstlich auf die Bourgeoisie, ihren Staat und ihre Agenturen starrend — die Klassenbewegung des Proletariats.

Folglich wird in unzulässiger Weise die Partei- von der Gewerkschaftsbürokratie getrennt; Kompaß kapituliert vor der klassisch reformistischen Ideologie der Gewerkschaftneutralität, die neu herausgeputzt angeboten wird: der DGB wird als eine parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft dem Weimarer ADGB als einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft gegenübergestellt. Die DGB-Bürokratie ist im wesentlichen aber sozialdemokratisch, sie ist verschmolzen mit der SPD-Bürokratie. Ausgesprochen voluntaristisch sind die politischen Prognosen, die Kompaß stellt: die reformistische Gewerkschaftsbürokratie werde mit der SPD brechen, da deren sozialliberale Führung weiter nach rechts gehen werde, somit die SPD stabilisiere (?!); die SPD sei für die Bourgeoisie die beste Regierungspartei! Kompaß übersieht, daß die Sozialdemokratie für die Bourgeoisie allein Bedeutung hat, weil sie die Arbeiterklasse und d.h. vor allem die Gewerkschaftsorganisationen kontrolliert. Kompaß übersieht, wir sagten es schon, die Arbeiterklasse. Kompaß ist von Blindheit geschlagen, wenn er die massive proletarische Einwirkung auf die Arbeiterbürokratie und somit eine bedingte Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der Arbeiterklasse leugnet.


EIN SATZ

**Workers Vanguard**

Nr. 1-100

Zum Sonderpreis von

45,– DM

Zu beziehen über:

1 Berlin 120
Postlager karte A 051 429


### 2. Integration in den bürgerlichen Staatsapparat

Erst nach 1945 sei die Sozialdemokratie zum integralen Bestandteil des Staatsapparates geworden. Dieses Eindringen in den bürgerlichen Staatsapparat habe die Partei auch sozial qualitativ verändert; staatliche Funktionsträger hätten die Arbeiterbürokratie zurückgedrängt, wenn nicht ganz verdrängt. Demgegenüber betonen wir, daß die Sozialdemokratie der Weimarer Republik „staatstragende" Partei war, d.h. für den bürgerlichen Staatsapparat Kader stellte bzw. staatliche Beamte in die Parteiorganisation integrierte. Müssen wir Kompaß an sozialdemokratische Innen- und Justizverwaltungen erinnern, an die blutrünstigen Polizeipräsidenten von Hamburg und Berlin, die zu Polizeihunden werden konnten, weil sie aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung kamen?! Die sozialdemokratischen Funktionäre standen aber nicht nur an den Spitzen der bürgerlichen Repressionsorgane und Ministerialverwaltungen. Die kommunale, Landes- und Reichsbürokratie in der Weimarer Republik war stark von Sozialdemokraten durchsetzt.

Wir müssen vielmehr betonen, daß dieses Eindringen in den bürgerlichen Staatsapparat vor 1914 (mindestens seit der Jahrhundertwende) erfolgte. Zirka ein Siebentel der Mitgliedschaft der SPD der Landesorganisation Baden arbeitete schon 1905 in den Gemeindeverwaltungen (siehe *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Jena 1905,* S. 16). Dies ist ein beliebig herausgegriffenes Beispiel als Beleg für eine Entwicklung in der Sozialdemokratie, die nicht erst nach 1945 einsetzte, sondern schon ihre Wurzeln in der possiblistischen d.h. letztlich durch die Bewegung, nicht durchs Ziel bestimmten, am im Kapitalismus Möglichen orientierten, parlamentarisch bornierten Taktik der Vorkriegssozialdemokratie hatte. Wesentlich ist aber die Wende von 1914: die Sozialdemokratie steht für den bürgerlichen Staat ein, für „ihren" Staat, hier eröffnet sich die Noske-Politik „Einer muß der Bluthund sein". Schmidt, Leber und Vogel auf der einen Seite, Zehntausende von sozialdemokratischen Beamten auf der anderen Seite sind nichts qualitativ Neues gegenüber der Weimarer SPD.

### 3. Sozialpartnerschaft

Angeblich verstärktes Eindringen in den bürgerlichen Staatsapparat und fälschlich behaupteter Verlust des Drucks der proletarischen Basis nach 1945 stehen im Zusammenhang mit einem weiteren „Kriterium", das Kompaß für die völlig neue, nicht mehr reformistische SPD nach 1945 angibt: die Doktrin der Sozialpartnerschaft, die sich gegen die klassenpolitische Selbständigkeit des Proletariats richtet. Aber auch dieses Kriterium muß wie die ersten beiden zurückgewiesen werden: Nicht erst die Wirtschaftsdemokratie der Heidelberger und Kieler Parteitage von 1925 und 1927 ist direkter Vorläufer der Sozialpartnerschaftsideologie und -praxis nach 1945; nein, die reale Wurzel liegt in der Politik der „Arbeitsgemeinschaft" während des I. Weltkrieges. Die direkte Klassenkollaboration, die mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten begann, führte notwendig zu organisierter partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie (zwecks Organisation der Kriegsproduktion).

Politisch bedeutet die gradualistische Methodik des Reformismus von Anbeginn an: den Kampf für die „Gleichberechtigung" der Klassen, nicht für die Aufhebung der Klassengesellschaft zu führen. Reformismus ist Evolution als Wandel ohne qualitativen Sprung; „die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts". Auch hier gibt es keine weitere qualitative Degeneration der Sozialdemokratie.

### Zwischenbilanz

Fassen wir vorläufig zusammen: Kompaß hat den bürgerlich-konterrevolutionären Charakter des Reformismus nicht begriffen. Vielmehr qualifiziert er ihn als Instrument proletarischer Klassenpolitik. Dies muß er tun, um die Sozialdemokratie willkürlich vom historischen Reformismus abheben zu können. Dabei vergewaltigt er die reale Geschichte

der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD als die historische Realität des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Seine willkürliche Setzung von qualitativen Änderungen der SPD nach 1914 (1933 vollständiger Kontinuitätsbruch der SPD, nach 1945 Verbürgerlichung der SPD, nach 1957 von vornherein gegen die Klassenopposition des Proletariats, 1959 programmatischer Bruch mit der Arbeiterklasse) ist eine durch und durch impressionistische, voluntaristische Methodik, die der Tradition des pabloistischen Revisionismus treu bleibt. Wie im Hauptstrom des Pabloismus (heute repräsentiert von Mandels Internationaler Mehrheitstendenz des „Vereinigten" Sekretariats) wird der Impressionismus ergänzt von einem fatalistischen Objektivismus. Kompaß behauptet, daß die zunehmende Degeneration der SPD aufgrund einer „Entpolitisierung" der Arbeiterklasse in der Periode des „langen Booms" (diese vorgeblichen Marxisten haben das als „Neokapitalismus" angepriesen, was die reaktionäre bürgerliche Soziologie als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft" verkaufen wollte - eine faule Ideologie) notwendig war, d.h. die „objektive Entwicklung" habe zugunsten der sozialliberalen „Erneuerer" in der SPD gewirkt. (Unsere Polemik gegen pabloistischen Objektivismus findet sich in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 5, November 1974).

In Parenthese sei vermerkt, daß die impressionistische Methodik beim Kompaß — wie nicht anders zu erwarten - nicht auf die SPD beschränkt bleibt; so wird beispielsweise in offenem Widerspruch zu Trotzkis Analyse des Stalinismus, d.h. dessen Übergang zu einer konterrevolutionären Politik mit der kampflosen Niederlage von 1933 und der Deckung dieser Niederlage durch die Komintern, behauptet, erst nach 1945 sei der Konkurs der stalinistischen KPD erfolgt!! Eine ungeheuerliche Behauptung! Der Kampf der Trotzkisten für die Vierte Internationale und die Gründung der Vierten Internationale — als Konsequenz des endgültigen Konkurses der stalinistischen Komintern, ihres Übergangs ins konterrevolutionäre Lager — müssen für Kompaß zu einem historischen Irrtum werden.

## Eine überraschende Kompaß-Wende in der Taktik: Der „Zwittercharakter" der SPD

Nach dieser Zwischenbilanz wollen wir die komischen Aspekte der Kompaß-Position erläutern. Sie werden deutlich, wenn Kompaß ins Wasser springt, seine taktischen Ambitionen darlegt. Nachdem Kompaß schon auf der prinzipiellen Ebene Schiffbruch erlitten hat, läßt er alle seine „prinzipiellen" Überlegungen zurück und wird „konkret". Seine Haltung zur SPD wird von einer Analyse bestimmt, die — kurz gesagt — nichts mit seiner generellen Charakterisierung zu tun hat. Jetzt behauptet er nämlich, die Klassenschranke verlaufe ***in*** der SPD, diese Partei repräsentiere nicht insgesamt den Klassenfeind, vielmehr habe sie einen „Zwittercharakter".

> „Die SPD repräsentiert nicht *insgesamt unseren Klassenfeind.* Der Politik der Partei, die insgesamt der Bourgeoisie zugewandt ist, stehen aufgrund des Zwittercharakters der Partei starke Elemente gegenüber, die dem Proletariat zugewandt sind, die sich in bestimmten Fällen sogar ***gegen*** die Politik ihrer Partei mobilisieren lassen, mit denen wir uns deshalb verbünden können. Die Klassenschranke verläuft... innerhalb der SPD selbst. Unsere Haltung zur SPD kann deshalb nicht dieselbe sein wie zu Organisationen, die im wesentlichen die Bourgeoisie organisieren" (Taktik-Thesen von Kompaß).

Also ist seine taktische Hauptlinie: für eine Spaltung der SPD. „Den Reiter wollen wir beseitigen, das Roß jedoch für uns gewinnen"!! Noch einmal: dies hat nichts, aber auch gar nichts mehr mit seiner „prinzipiellen" Einschätzung der Sozialdemokratie als einer durch und durch bürgerlichen Partei zu tun.

Doch er scheitert kläglich mit seinen taktischen Überlegungen — trotz seiner im wesentlichen korrekten, aber keineswegs bei Kompaß prinzipiell zu erwartenden taktischen Hauptlinie (Spaltung der SPD).

## Opportunistisches Unverständnis des Entrismus

Kompaß versucht bei seinen taktischen Überlegungen vor allem mit der pabloistischen Erblast in Westdeutschland, dem Integrationsentrismus, abzurechnen: doch es gelingt ihm nicht. Zuerst einmal unterscheidet er zwischen Entrismus und Fraktionsarbeit in der SPD, damit irgendwie suggerierend, Entrismus sei eine Perspektive nicht-fraktioneller Art! Entrismus sei prinzipiell Integration, Fraktionsarbeit nicht. Es herrscht völlige Konfusion. Fraktionsarbeit erfol




Die Vorherrschaft der sozialdemokratischen Ideologie in der Arbeiterklasse muß gebrochen werden!

„um in einer bestimmten Situation den Trennungsprozeß innerhalb der SPD über eine bestimmte Hürde zu bringen", d.h. Fraktionsarbeit sei kein Beitrag zur Arbeit dieser Partei. Dies wird im Gegensatz zum Entrismus gesagt! Das bedeutet, daß Kompaß eine von vornherein opportunistische Vorstellung einer Eintrittstaktik in die SPD hat; dies wird deutlich bei der Nennung der Kriterien, die einen Eintritt in die heutige SPD unmöglich machen.

Zuvor verwahrt sich Kompaß gegen den Entrismus als strategische Orientierung aufgrund des „Grundcharakters der Epoche" — eine löbliche Erklärung, die aber gegenstandslos wird durch den Hinweis auf Ausnahmen aufgrund „nationaler Besonderheiten wie Kuba und Vietnam". Die Nennung dieser Ausnahmen kann nur bedeuten, daß Kompaß vermutet, eine langfristige und tiefe Integration in die fidelistische Bewegung und in die vietnamesische FNL sei möglich und notwendig, weil diese Kräfte eine revolutionäre. Qualität darstellen würden bzw. hervorbringen könnten. Genau das ist das Wesen der pabloistischen Kapitulation vor kleinbürgerlich-nationalistischen und stalinistischen Strömungen! Kompaß erkennt keine qualitative Differenz zwischen opportunistischem Kuomintangismus und revolutionärem Entrismus. Revolutionäre lehnen es prinzipiell ab, gegenüber einer *bürgerlich-nationalistischen* Bewegung eine entristische Orientierung einzuschlagen — im Gegensatz zu einer Taktik, die in der Tradition des klassisch-stalinistischen Eintritts der KP Chinas in die bürgerliche Kuomintang steht.

Was sind nun die Kriterien, die für Kompaß den zwar prinzipiell möglichen Entrismus als kurzfristige Taktik in der heutigen SPD unmöglich machen und mit denen er aber seinen Opportunismus selbst entlarvt? Von den Kriterien abgesehen, die aus seiner „prinzipiellen" Charakterisierung der SPD entspringen und den Entrismus generell zum untauglichen Mittel erklären, sagt Kompaß: eine Eintrittstaktik stehe im Widerspruch zu einer Haltung, die die Abtrennung von der SPD anstrebt, d.h. Eintritt mit Spaltungsperspektive sei unmöglich, weil der Eintritt nach Ansicht des Kompaß eine Zustimmung zur Politik des Klassenfeindes, repräsentiert durch den „Reiter" der sozialdemokratischen Parteiführung, bedeute. Kompaß macht folgende Gleichung: Entrismus = Integration = Stärkung der SPD = Verhinderung einer Lösung der Arbeiterklasse von der SPD.

Wir müssen Kompaß darauf hinweisen: Wären seine Vorstellungen von Entrismus korrekt, die Eintrittstaktik wäre generell zu verwerfen, die französische Wende hätte es nie gegeben! Nachdem sich in einer Reihe von (europäischen) Ländern in den dreißiger Jahren die Sozialdemokratie in akuten Krisen befand und linksreformistische (und zentristische) Tendenzen entstanden, stand die Internationale Linke Opposition vor einer neuen Aufgabe: die Entwicklung dieser linkssozialistischen Organisationen in Richtung Kommunismus zu beschleunigen; um diese Aufgabe erfüllen zu können, empfahl 1934 Trotzki der französischen Sektion, in die SFIO offen als *organisierte Fraktion* der Bolschewiki-Leninisten einzutreten. Der Eintritt in eine reformistische Arbeiterpartei erfolgt, um die Abtrennung der proletarischen Basis von der bürgerlichen Führung zu beschleunigen, die Propaganda dient vor allem der klassenmäßigen Spaltung der bürgerlichen Arbeiterpartei. Entrismus stellt die Frage der Alternative zur traditionellen Arbeiterpartei in der Form, wie sie Trotzkisten stets stellen: wer stellt die Führung des Proletariats? Entrismus der Trotzkisten bedeutet nie Zustimmung zur Politik des Klassenfeindes, sie erfolgt, um den Einfluß des Klassenfeindes, den er vermittels seiner Agenturen in der Arbeiterbewegung hat, zu brechen.

Die internationale Spartacist Tendenz hat ihr Verständnis der Entrismustaktik klar definiert:

> „4) Anerkennung dessen, daß die trotzkistische Taktik des Entrismus, die sich aus der historischen Aufgabe für Revolutionäre angesichts des Bestehens massiver sozialdemokratischer, Arbeiter- oder stalinistischer Parteien herleitet, darin besteht, solche Parteien, wenn die Bedingungen dazu reif sind, in ihre wesentlichen bürgerlichen und proletarischen Bestandteile zu spalten. Diese Aufgabe ist lebenswichtig für die Schaffung revolutionärer proletarischer Massenparteien und damit für das Vorwärtsschreiten auf dem Weg zur proletarischen Revolution selbst.
> 5) Ablehnung der seit eh und je von den Pabloisten vertretenen Konzeption des Entrismus (‚sui generis'), um Druck auf reformistische, revisionistische oder nationalistische Bürokratien auszuüben, womit eine linke Gruppe vermeintlich darin unterstützt wird, ‚unbewußter Agent' eines angeblich automatischen Prozesses der permanenten Revolution zu werden, d.h. die Verneinung der zentralen Rolle des Proletariats und die Ersetzung seiner auf einem festen Programm basierenden revolutionären Partei im Kampf für den Sozialismus. Ablehnung des ultralinken und oft kleinbürgerlich-radikalen pabloistischen Gegenparts, der die Taktik des Entrismus an sich ablehnt" („Feststellung einer politischen Basis für gemeinsame Arbeit in Deutschland", in *Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 2, Herbst 1974).

Ähnlich ist auch das Kernproblem der Einheitsfronttaktik gestellt, die eben keine hohle Phrase ist; es geht nicht um die Arbeiter, die mit der verräterischen Führung bereits gebrochen haben (Einheitsfront von unten), sondern um jene, die bei ihr verharren. Kommunisten müssen verstehen, die Arbeiterklasse in Wirklichkeit von den traditionellen Führern loszulösen.

„Nur das niedrige Niveau des Klassenkampfes im Nachkriegsdeutschland hemmt die offenkundige Erkenntnis, daß die SPD eine reformistische (d.h. sowohl bürgerliche als auch proletarische) Partei ist, die irgendwann zerstört werden muß. Wenn die Revolutionäre sie ignorieren, wird die SPD ihre historisch entwickelte Autorität bei den Arbeitern einsetzen, um den nächsten revolutionären Angriff zu spalten und niederzuschlagen. Die Zerstörung der SPD muß zum passenden Zeitpunkt durch Intervention angestrebt werden, um die innere Differenzierung zu verschärfen, mit dem Ziel, sie in ihre wesentlichen bürgerlichen und proletarischen Elemente aufzulösen, d.h. zu spalten, die letzteren organisiert in oder geführt von einer leninistischen Partei. Nur dann wird sich die SPD, falls sie noch existiert, in ein *äußeres* Hindernis für die soziale Revolution verwandelt haben" („Brief der Spartacist League/US an die IKD und Spartacus-BL" vom 14. März 1972, nachgedruckt in *Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 1, Frühling 1974). ■


## Kritik des VS-Revisionismus

**Eine Zusammenstellung von Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* und der deutschen Ausgabe von *Spartacist* (insgesamt 8 Exemplare) mit Artikeln über das Vereinigte Sekretariat kann zum Sonderpreis von 5,– DM über die Redaktionsanschrift bezogen werden.**

# Portugal

*Fortgesetzt von Seite 24*

der revolutionären Umgruppierung zu gehen. Bei seinem Versuch, diese Aufgabe zu überspringen, gerät er ins Stolpern: durch seinen Verzicht auf die Zerschlagung der Hauptbarrieren für den Aufbau einer trotzkistischen Partei in Portugal — LCI und PRT — findet er sich unvermittelt in deren linken Flügel verwandelt, nunmehr mit der Aufgabe bedacht, diese Barrieren zu beschönigen, nach links abzusichern — mit einem Wort: die Illusionen der Arbeiter in diese politischen Kadaver zu vertiefen. Wer nicht kämpft, hat sich selbst besiegt.

Genau das ist der klassische pabloistische Revisionismus. Die Pablo-Führung kapitulierte 1951 auf dem 3. Weltkongreß vor der Zerschlagung des Kapitalismus in Osteuropa durch den Stalinismus, indem sie die Perspektive einer auf dem Übergangsprogramm basierenden Mobilisierung der Arbeiterklasse aufgab und durch den Entrismus sui generis, die Umwandlung stalinistischer Parteien in revolutionäre mittels linker pressure groups, ersetzte. Ähnlich ersetzt der Spartacusbund revolutionäre Umgruppierung durch kritische und solidarische Mitarbeit. Der Grundgedanke beim Pabloismus 1951 und beim Spartacusbund ist derselbe: Abkürzung (d.h. Verlassen) des Weges zur bolschewistischen Partei aufgrund der mit unzureichender programmatischer Bewaffnung nicht zu bewältigenden Aufgaben.

Nur seine methodische Inkonsequenz rettet den Spartacusbund davor, nach seiner Entdeckung der Reformierbarkeit von LCI und PRT auch die Reformierbarkeit des ganzen VS zu „entdecken". Der MAK, der derselben politischen Wurzel entspringt, hat diesen Schritt bereits vollzogen (der MAK entstand aus dem Zerfall der KJO Spartacus und trat in die GlM ein, um diese zu reformieren; siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 10, September 1975). Durch seine Verbindung von verbaler Radikalität und praktischem Opportunismus erfüllt er in der verrotteten GlM die Funktion des Kleisters. Auch die Politik des Spartacusbundes hat zur Konsequenz, daß kritische Genossen, die den Weg zum Bolschewismus suchen, in das prinzipienlose VS zurückgestossen werden.

### Pabloistische Familie

Nachdem wir in unserem Brief an die GlM die Funktion des pabloistischen Revisionismus als Bremsklotz der portugiesischen Revolution dargestellt haben, kann es nur eine verrottete Organisation wie die GlM fertigbringen, an „innertrotzkistische" (die Anführungszeichen im GIM-Brief stehen nur für die Sprachlosigkeit der GIM-Schreiberlinge) Debatten zu glauben. Der Begriff „innertrotzkistisch" hat nur den Zweck, die Differenzen zwischen dem Zentrismus der GlM und dem Trotzkismus zu verwischen und sich unter Verweis auf die Debatte mit „spontaneistischen und zentristischen Strömungen" (Brief der GlM an die TLD) an den gegenwärtigen Aufgaben des Parteiaufbaus vorbeizustehlen. Doch der Taschenspielertrick der GlM ist leicht zu durchschauen: wenn die TLD im Verständnis der GlM nicht zentristisch, nicht spontaneistisch, wohl auch nicht reformistisch ist, was ist sie dann — trotzkistisch? Würde sich die GlM nur einmal selbst ernst nehmen, müßte sie uns konsequenterweise die sofortige Aufnahme von Fusionsverhandlungen vorschlagen. Trotzki hätte die Möglichkeit des Nebeneinanderexistierens von verschiedenen trotzkistischen Organisationen stets entschieden von sich gewiesen. Nicht so die GlM: Der faule Trick, mit dem sie sich um eine Auseinandersetzung mit uns drücken will, enthüllt nur die unglaubliche Verrottetheit des VS als internationalen Block, der zwar Zentrismus und Reformismus in seinen Reihen dulden kann, nicht aber Trotzkismus, wie die Ausschlüsse unserer Genossen aus den VS-Sektionen Kanadas, Frankreichs, Australiens und der USA beweisen. Keiner dieser Genossen hatte die Organisationsdisziplin gebrochen!

Auch in dieser Frage reicht der Spartacusbund der GlM die Hand: so schreibt er in *Spartacus* Nr. 23, Dezember 1975, von den „Ordnerreihen der trotzkistischen Organisationen" (gemeint sind GlM, TLD und Spartacusbund). Auch in seinem Flugblatt mit dem typischen Titel: „Was wollen die Trotzkisten?" geht der Familiensinn mit dem Spartacusbund durch: kein Versuch einer Abgrenzung gegenüber den anderen „Familienmitgliedern" ist darin zu finden — d.h. im Grunde genommen keine Rechtfertigung seiner Existenz. Doch wir können die Zentristen von GlM und Spartacusbund beruhigen: es existiert zwar keine trotzkistische Familie, doch die Existenz einer pabloistischen Familie macht sich auf Schritt und Tritt bemerkbar. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß der Spartacusbund die Abneigung der GlM, sich mit uns politisch auseinanderzusetzen, teilt.

Nachdem er am 2. Dezember 1975 zu einer Podiumsdiskussion über Portugal 14 Organisationen eingeladen hatte, blieb dem Spartacusbund nur die TLD, mit der er sich hätte auseinandersetzen können — doch da verzichtete er lieber. Mit seinem rührenden zweiten Anlauf zur Podiumsdiskussion


**ABONNIERT**

**Kommunistische Korrespondenz**

- **Jahresabonnement 7,50 DM (inklusive Porto)**
- **Auslandsluftpostabonnement 10,--DM (ein Jahr)**

**einschließlich SPARTACIST deutsche Ausgabe**

ABONNEMENT BIS ZUM 15. MAI SCHLIESST WAHLWEISE EIN:

- **Trotzki, „Drei Konzeptionen der russischen Revolution"**

  **oder**
- **Trotzki, „Spanische Lehren" oder**
- **Eine zurückliegende Nummer von SPARTACIST. deutsche Ausgabe**

vom 26. Februar 1976 widerfuhr ihm dasselbe Schicksal: der vom Pech verfolgte Spartacusbund mußte ein zweites Mal erfahren, daß einzig und allein die TLD glaubt, von harten programmatischen Auseinandersetzungen profitieren zu können - er selbst verzichtete wieder auf Diskussionen!

### Von der Selbstkritik zur pabloistischen Umarmung

„Der Zentrist bleibt stets in geistiger Abhängigkeit von den Gruppierungen zur Rechten, neigt dazu, den gemässigteren zu schmeicheln, ihre opportunistischen Sünden zu verschweigen und ihr Treiben vor den Arbeitern zu beschönigen" (Trotzki, a.a.O.).

GIM und Spartacusbund fallen einander glückselig in die Arme: die Selbstkritik der LCI, angenommen auf dem 3. Kongreß am 10.-11. Januar 1976, ist 'raus! Beide reklamieren den großen Schritt vorwärts „bei der Herausbildung eines revolutionären Kaderkerns" (*Spartacus* Nr. 25, Februar 1976) für sich. Die GIM glaubt gar, die Selbstkritik der LCI „beweist ihren revolutionären Charakter" (*was tun* Nr. 95, 4.2.76). Es war[4] zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen war'!

Rufen wir uns den Kern der LCI-Selbstkritik ins Gedächtnis zurück:

„In Wirklichkeit hätte ein richtiges Verständnis der Klassenkampfdynamik, die zum Sturz der V. Regierung führte,... die LCI daran hindern müssen, am 25. August eine Vereinbarung zu unterschreiben, die die MFA und die V. Regierung unterstützte und die Ursache aller zentristischen Verwirrungen über den Charakter der KP war und eine sektiererische Politik gegenüber der PS nach sich zog. Dies Verständnis hätte auch die Durchführung einer anderen Politik ermöglicht, auf der Grundlage eines Bruchs mit der FÜR (von dem Moment an, wo diese die Vereinbarungen vom 25. August akzeptierte)..." (*inprekorr* Nr. 51, 13. Februar 1976).

Wenn diese lahmarschige Selbstkritik überhaupt einen Zweck verfolgt, dann nur den, die Köpfe zu verwirren, zu beschönigen und den Verrat zu überdecken. In keiner Weise kritisiert dieses „Dokument" den Volksfrontcharakter des 25. August-Blocks; das nebenbei gemachte Geständnis, Nachtrabpolitik hinter der KP gemacht zu haben, hat hier nur episodischen Charakter. Das vollkommene Unverständnis des VS gegenüber dem klassenkollaborationistischen Charakter dieser Übereinkunft dokumentiert die Unfähigkeit dieser Organisation, sich vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie loszureißen und revolutionäre Klassenpolitik mit dem Ziel der Machtergreifung der Arbeiterklasse unter Führung der trotzkistischen Partei zu entfalten. Daher ist es nur konsequent, wenn im Dokument der LCI über ihre „Massenarbeit" (*inprekorr* Nr. 51) die Diktatur des Proletariats *mit keinem Wort erwähnt wird!!*

Nicht einmal die Notwendigkeit der organisatorischen und politischen Unabhängigkeit der Avantgardepartei wird von der LCI klar hervorgehoben. Die Auffassung der LCI, erst die Vereinbarung vom 25. August hätte es notwendig gemacht, mit der FÜR zu brechen, ist entlarvend. Was soll das heißen? War denn der prinzipienlose Block vorher kein ^f5rTnzipienloser Block? Ist es denn nicht notwendig, gerade in einer Situation erhöhter Kampfbereitschaft der Massen, zugespitzten Klassenkampfes, die Unabhängigkeit der Klassenführung, der revolutionären Partei hervorzuheben und eine klare Propaganda auf dem vollen Programm zu entfalten im aggressiven Kampf gegen bürgerliche MFA-Demagogie und zentristische Blockpolitik?!

Programmatische Unbeugsamkeit und flexible Taktik, das sind die Schlüssel zu den Herzen der Arbeiter. Das Programm drückt die historischen Interessen der Arbeiterklasse aus und ist keinen konjunkturellen Änderungen unterworfen! Wohl aber die Taktik, die dieses Programm in die Massen trägt. Eine kleine Kaderorganisation am Rande der Arbeiterklasse kann nicht sofort versuchen, die Massen zu erreichen, ohne das alleinige Vertrauen auf die eigenen Kräfte aufzugeben — d.h. die Politik der revolutionären Umgruppierung durch eine Politik der Anpassung an kleinbürgerliche Strömungen zu ersetzen!

„In diesem Sinn hat sich die LCI trotz ihrer Fehler, trotz der beschränkten Kaderbildung und der begrenzten politischen Debatte in ihr immer in die Dynamik der portugiesischen Revolution eingereiht und sich mit all ihren Kräften an wichtigen Kämpfen beteiligt, die sie gestärkt haben" (LCI-Selbstkritik, *inprekorr* Nr. 51). Kann man sich eine größere Verhöhnung der Arbeiter und Soldaten vorstellen, die sich ohne Rücksicht auf die persönliche Existenz an den Kämpfen beteiligten und von der LCI in eine Niederlage begleitet wurden? Diese verantwortungslose Einstellung ist charakteristisch für Zentristen vom Schlage des VS: nach einem Feigenblatt von einer Selbstkritik geht man wieder zur opportunistischen Tagesordnung über! Solange sie noch in den Illusionen der FÜR schwimmen konnten, war kein kritisches Wort zu vernehmen — nach deren Zusammenbruch dreht sich der Windbeutel in eine andere Richtung: zu den Arbeiterkommissionen und zur PS.

Diese Wendung bedeutet keinen Bruch mit der vorherigen klassenkollaborationistischen Politik, sondern eine pabloistische Antwort auf den Druck der veränderten objektiven Situation. Die Niederlage von Tancos führte zu einer gewissen Stabilisierung der VI. Regierung und zu einer Ausweitung des PS-Einflusses in der Arbeiterklasse. Unter Eindruck des massiven politischen und sozialen Angriffes auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse schrecken die Zentristen zurück und beschränken sich auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie (Antwort auf die Sparprogramme, bis zur Arbeiterkontrolle und nicht weiter). Nachdem sie bis November im Nachtrab der KP marschierten, entdecken sie nun ihr Sektierertum gegenüber den PS-Arbeitern und klemmen sich an deren Rockzipfel. Heute ginge es darum, „... daß die Arbeiterkommissionen klare Pläne zur Verteidigung der Arbeiterinteressen und zu einer Gesamtlösung der Krise des Systems vorlegen" (Massenarbeit, *inprekorr* Nr. 51). Nachdem sie bisher auf den Wellen des vom MFA getragenen „revolutionären Prozesses" geschwommen sind, verkriechen sich die pabloistischen Kämpfer — kaum auf dem Trockenen — in den reformistischen Arbeiterkommissionen. Der Kampf für die Zentralisierung der Arbeiterkommissionen zu einem nationalen Sowjet muß selbstverständlich eine zentrale Forderung von Revolutionären sein. Im Gegensatz zur LCI füllt die TLD diese Losung jedoch immer mit revolutionärem Inhalt — verbindet sie notwendigerweise mit der Frage der Staatsmacht (siehe dazu z.B. *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 9, Juni 1975). Eine „Gesamtlösung der Krise des Systems" ist nur möglich durch die Machtergreifung der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und seiner Armee — durch die Diktatur des Proletariats!

Diese Politik ist nur realisierbar unter bewußter Führung der Arbeiterklasse durch eine trotzkistische Partei — in Form der Transformierung der Arbeiterkommissionen zu Räten und durch den Kampf der Partei gegen alle anderen in ihnen vertretenen politischen Strömungen. Nur so wird das trotzkistische Programm die Mehrheit erobern. Dieser Kampf muß gipfeln in den Forderungen: alle Macht den Sowjets, alle Macht der Arbeiterregierung!

Sich heute in Portugal auf die Verteidigung des

Bestehenden zu beschränken, heißt die Arbeiterklasse erneut zurückzuhalten und ist schlicht und einfach konterrevolutionär. Diese neueste Wendung der LCI wird vom Spartacusbund eifrig gedeckt!

### Opportunistischer Appetit und Portugal-Nachrichten

> „Der Zentrist schwört auf die Einheitsfrontpolitik, wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht" (Trotzki, a.a.O.).

Die Windbeutelpolitik der LCI in Sachen FÜR findet bei der GIM in den *Portugal-Nachrichten* eine Parallele. Die Stellungnahme der GIM zur „Konferenz der Komitees" in *was tun* Nr. 95 bekennt mit zynischer Offenheit die opportunistischen Motive der GIM-Politik: nämlich in der konfusen Solidaritätsbewegung der Spontis unterzutauchen und diese, möglichst mittels Umgehung des trotzkistischen Programms, der GIM einzuverleiben. Nun, nachdem dieses kleinbürgerliche Strohfeuer im Erlöschen begriffen ist, versucht sich die GIM, möglichst ihr Gesicht bewahrend, wieder aus dem Sumpf zurückzuziehen, in dem sie bis vor kurzem mit größter Begeisterung watete. Diese Schwankungen in zwei verschiedenen Fragen — Nachtrab hinter der KP in Portugal, Portugal-„Solidarität" in der BRD — zeigen anschaulich die Abhängigkeit des Zentrismus von den rasch wechselnden Stimmungen der Kleinbourgeoisie.

Verschleierter, aber nicht weniger widerlich, ist die Anbiederung des Spartacusbundes an die *Portugal-Nachrichten.* Nachdem er das leninistische Verständnis der Aktionseinheit — Freiheit der Propaganda, Einheit der Aktion — „entdeckt" hat, konstruierte er folgendes Modell: die *Portugal-Nachrichten* sind eine Aktionseinheit, daher *„gemeinsame* Berichterstattung über die Machenschaften der internationalen Konterrevolution und Aktionen der Solidaritätsbewegung dagegen — *keine gemeinsame* Berichterstattung, Einschätzung etc. die portugiesische Revolution selbst betreffend, sondern freie Diskussion darüber" (Offener Brief an *PN* in: *Spartacus* Nr. 23). Abermals schlägt das Anlehnungsbedürfnis beim Spartacusbund durch: er glaubt alle Mitglieder seiner linken Familie — vom Reformismus bis zum Zentrismus — hätten dasselbe Verständnis von internationaler Solidarität und der Abwehr der internationalen Konterrevolution. Bereitwillig akzeptiert er den — reformistischen — kleinsten gemeinsamen Nenner. Trotzkisten sind allerdings der Meinung, daß der Kampf gegen die „Machenschaften der internationalen Konterrevolution" nur mit dem trotzkistichen Programm siegreich geführt werden kann. Es ist die Aufgabe der Trotzkisten, den Kampf der internationalen Arbeiterklasse unter der Führung der Weltpartei des Proletariats — der Vierten Internationale — zu vereinigen!

Wieder einmal glaubt der Spartacusbund, den proletarischen Internationalismus wie ein überflüssiges Schnörkel beiseite lassen zu können, und fällt mit seinem Taschenspielertrick abermals auf die Nase. Dahinter steckt schon altbekannte „Methode". Die Position des Spartacusbundes zur Konzeption der *Portugal-Nachrichten* gibt Punkt für Punkt seine Position zum Aufbau einer trotzkistischen Partei in Portugal und sein Verständnis vom Wiederaufbau der Vierten Internationale wieder!

Kaum hat der Spartacusbund das Prinzip der Freiheit der Propaganda — Einheit der Aktion „entdeckt", ist er auch schon gezwungen, es wieder zu brechen, um seinen opportunistischen Appetit zu stillen.

Trotz seiner Versuche, sich als antipabloistisch zu profilieren, steht der Spartacusbund methodisch und programmatisch im pabloistischen Lager. Er ist unfähig, auf die Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung — die Wiedergeburt der Vierten Internationale — eine korrekte Antwort zu geben. Seine politische Mechanik widerspricht der strikten Trennung von Strategie und Taktik, und er wird so, trotz großmäuliger Verbalorthodoxie, stets aufs Neue gezwungen, das Programm in Taktik aufzulösen. Für den Spartacusbund, wie auch die GIM, ist prinzipienfeste Umgruppierungstaktik keine Praxis, sondern Prinzipienreiterei. Dieses „Praxis"-Verständnis geht völlig an der praktischen Bedeutung politischer Kämpfe vorbei.

> ‚*Alle* Fragen, um derentwillen der bewaffnete Kampf der Massen in den Jahren 1905-1907 und 1917-1920 geführt wurde, kann (und soll) man, in ihrer Keimform, an Hand der damaligen Presse verfolgen. Und zwischen den drei Hauptrichtungen gibt es natürlich eine Unmenge Zwischen-, Übergangs- und Halbgebilde. Richtiger: im Kampf der Presseorgane, Parteien, Fraktionen und Gruppen kristallisieren sich jene ideologischen und politischen Richtungen heraus, die wirklich klassenmäßig bestimmt sind; die Klassen schmieden sich die nötigen ideologischen und politischen Waffen für die kommenden Schlachten" (Lenin, *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus).*

Wir beharren mit Lenin darauf, daß sich die Arbeiterklasse eine taugliche Waffe für ihren kommenden Kampf um die Staatsmacht schmieden muß. Wir fühen hinter dem Kampf der verschiedenen Programme stets den Kampf gegen fremde Klasseneinflüsse auf die Arbeiterklasse. Wenn die zur „Revolutionär-Sozialistischen Wochenzeitung" degenerierte *was tun* (Sondernummer, März 1976) schreibt: „es konnte in der gegebenen Situation nicht darum gehen, der APO ‚von außen[4] eine trotzkistische Besserwisser-Zeitung vor die Nase zu setzen", so beschönigt sie nur ihre totale Kapitulation vor kleinbürgerlichen Strömungen und dokumentiert ihre Revision zentraler Bestandteile des Bolschewismus-Leninismus. Die GIM schreibt weiter: „Die verschiedenen (an *was tun* — die Red.) beteiligten Seiten entwickelten sich rasch in völlig verschiedene politische Richtungen, in maoistische, zentristische oder spontistische Organisationsansätze" (ebenda). Das ist der Bankrott prinzipienloser Propagandablockpolitik a la *Portugal-Nachrichten.* Eine bolschewistische Organisation hätte, anstatt sich in pabloistischer Manier kleinbürgerlich-demokratischen Bewegungen anzupassen, ihre Umgruppierungstaktik auf Grundlage des vollen trotzkistischen Programms entfaltet und keinen Raum für das Entstehen maoistischer etc. „Organisationsansätze" gelassen. Diese „Organisationsansätze" sind nämlich mittlerweile zu massiven Barrieren geworden.

Darum nochmals für alle, die es noch immer nicht begriffen haben: die Politik der TLD hat nichts mit „sterilem Propagandismus" zu tun, sondern ist die bolschewistische Antwort auf die Krise der revolutionären Führung. Wir überlassen es MAK und Spartacusbund, der pabloistischen Methode nachzuäffen, die den Trotzkismus nicht nur in der BRD, sondern in der ganzen Welt um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. Das ist das Verbrechen, das der Pabloismus auf sich geladen hat - die historische Rolle der POUM! Die trotzkistische Partei kann nicht mit, sondern nur im Kampf für die politische Zerschlagung dieser Organisationen aufgebaut werden. Prinzipienlose Blockpolitik a la Londoner Büro ist in der Praxis nichts anderes als eine Verschwörung des Zentrismus mit dem Reformismus gegen die Vierte Internationale; diese muß im Kampf gegen solchen prinzipienlosen Kombinationismus wiedergeschmiedet werden! ■

# Dokumentation: Portugal und die Aufgaben der Revolutionäre



1. Mai 1975

## Brief der TLD an die GIM

Berlin, den 26.1.76

Genossen,

Wir sind der Meinung, daß die politischen Ereignisse in Portugal es notwendig machen, politische Diskussionen zwischen unseren Organisationen durchzuführen.

Obwohl eine Reihe von Mitgliedern der GIM uns bereits individuell aufgefordert haben, zu Eurer Portugal-Gruppe zu kommen, wurden unsere Genossen dort nicht zu Diskussionen zugelassen — mit der Erklärung, es handle sich um einen Arbeitskreis innerhalb der internen Strukturen der GIM. Wir weisen jedoch daraufhin, daß zu dieser Portugal-Gruppe wiederholt öffentlich eingeladen wurde, unter anderem auch mit einem Stempel auf dem Titelblatt der *Portugal-Nachrichten,* die Ihr ja mit herausgebt. Auch auf Eurer Portugal-Veranstaltung, die Ihr Ende letzten Jahres durchführtet, wurde — ob schon angekündigt — keine Diskussion durchgeführt. Die Möglichkeit, Fragen zu stellen, bezog sich nicht auf das politische Referat des GIM-Vertreters, sondern nur auf die dargelegten Impressionismen des SUV-Sprechers zur „Situation in Portugal". Wenngleich dieser als LCI-Mitglied entlarvt wurde, beharrte er doch auf seiner „parteipolitischen Neutralität" als SUV-Vertreter. Eine politische Debatte war also — trotz Ankündigung — von Anfang an nicht zugelassen. Die Wortmeldungen und Aufforderungen zu Diskussion von unseren Genossen wurden, wie schon so oft, nicht beachtet.

Als Resultat der Desorganisation der Linken und mangels einer revolutionären Partei, die fähig ist, die Massen zu führen, folgt die Arbeiterklasse in Portugal in ihrer Mehrheit noch immer der verräterischen Politik von PCP- und PS-Führung. Nicht erst die Ereignisse von Tancos legten die tiefe Teilung der portugiesischen Arbeiterklasse bloß. Obwohl sich die beiden bürgerlichen Arbeiterparteien im Sommer vorigen Jahres gegenseitig physisch angriffen, verfolgen doch beide dieselbe klassenkollaborationistische Politik, die darauf ausgerichtet ist, das Proletariat an den bürgerlichen Staat und seine Parteien zu fesseln.

Die PS trägt durch ihre Funktion als linke Flankendeckung der MFA und der weiteren Rechtswendung des Offizierskorps direkte Mitverantwortung an den Attacken gegen die demokratischen Rechte, die seit April 1974 vom portugiesischen Proletariat erkämpft wurden. Insbesondere bei den Ereignissen von Tancos wurde deutlich, daß es der PS in dieser Situation nicht gelang, die Arbeiterklasse zur Unterstützung der VI. Regierung auf die Straße zu holen — die Widersprüchlichkeit der Klasseninteressen dieser Partei klaffte offen auseinander. Eine revolutionäre Partei wäre hier mit klaren und prinzipienfesten Einheitsfrontangeboten auf eine sehr empfängliche Stimmung in den Reihen der PS-Basis gestoßen und hätte gleichzeitig die Kapitulation der bürgerlichen Führung entlarvt. Die PCP versuchte sich zwar vor ihrem Arbeiteranhang von der Unfähigkeit der VI. Regierung zu distanzieren, war jedoch viel erfolgreicher in ihrem Bemühen, die Kämpfe der Arbeiter zu kanalisieren, wie zum Beispiel mit Erfolg darauf hingearbeitet wurde, eine Generalisierung des Streiks der Bauarbeiter zu verhindern.

Ebenso wie die PS strebt die PCP eine Volksfrontregierung an, nur in einer anderen Konstellation. Solange das Proletariat von den reformistischen Parteien in Volksfrontregierungen gezwungen wird, kann es keinen siegreichen Kampf geben. Beide bürgerlichen Arbeiterparteien verfolgen nicht erst seit 1975 diese verräterische Politik, sondern die Analyse Trotzkis, die den endgültigen Verrat der Sozialdemokratie 1914 und der Stalinisten 1933 ansetzt, hat nach wie vor volle Gültigkeit. Nur eine trotzkistische Organisation, die mit dem revolutionären Programm bewaffnet ist, ist imstande, diese Parteien in ihre total widersprüchlichen Bestandteile zu trennen und deren Arbeiterbasis für die historische Aufgabe des Proletariats zu organisieren.

Angesichts der katastrophalen Politik der maoistischen Parteien aller Couleur — ob Sozialfaschismus-Konzeption oder Etappentheorie bzw. eine Kombination beider Konzeptionen — war ein völliges Versagen in dieser entscheidenden Frage voraussehbar. So war z.B. auch die Konsequenz des ständigen Unterordnens der MRPP unter die reaktionäre Politik der Sozialdemokratie (Bündnis gegen die Moskau-Stalinisten) nach dem 25. November, daß die MRPP es zurückzog, weiterhin zur Verteidigung der linken Vereinigungen gegen die Angriffe der Regierung aufzurufen. Klassenbewußte Arbeiter werden einen solchen Verrat nie vergessen!

Eure Schwesterorganisation LCI, sympathisierende Sektion des Vereinigten Sekretariats in Portugal, nimmt für sich in Anspruch, eine trotzkistische Organisation zu sein. Die LCI hat als Teil der FÜR am 25. August ein Dokument unterschrieben, das nur als Volksfront-Pakt charakterisiert werden kann. Dieses Dokument rief zu einer Allianz mit dem bürgerlichen Offizierskorps auf und gab der bürgerlichen V. Regierung politische Unterstützung. Während es heute in Portugal die dringlichste Aufgabe für Revolutionäre ist, die Gefahren, die aus der Volksfront für das Proletariat erwachsen, aufzuzeigen und die Klassenlinie zu ziehen, reiht sich die LCI opportunistisch in die Verratspolitik der reformistischen Parteien ein.

Während Lenin das Wort „alle Macht den Räten" als Forderung einer Arbeiterrevolution weltweit propagiert hat, „entdeckte" Stalin 1924, daß vor der proletarischen Revolution

lution noch ein „demokratisches" Zwischenstadium kommen müßte. Die gesamte Kapitalistenklasse hat sich jedoch seit langem dem reaktionären Lager angeschlossen, eine „progressive Bourgeoisie" gibt es nicht. Nur die unabhängige revolutionäre Mobilisierung des Proletariats kann selbst die bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen.

Der 25.August-Block ist ein Bündnis mit einem Teil der Bourgeoisie, dessen Hauptaufgabe es ist, die Arbeiter an der Revolution zu hindern. Die LCI trifft durch ihre Teilnahme am Klassenverrat und ihre Kapitulation vor der stalinistischen Etappentheorie größte Verantwortlichkeit für die jüngste — noch nicht entscheidende — Niederlage des portugiesischen Proletariats.

Als im August 1917 General Kornilow versuchte, die Kerenski-Regierung zu stürzen und die revolutionären Arbeiter von Petersburg niederzumetzeln, riefen die Bolschewiki zu einer Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen auf und kämpften sogar an der Seite der Truppen der bürgerlichen Regierung. „Selbst jetzt aber" schrieb Lenin „dürfen wir nicht Kerenskis Regierung unterstützen".

Der Pakt, den die LCI gemeinsam mit anderen linken Gruppen - wie der guevaristisch-syndikalistischen PRP-BR und der links-reformistischen MES - und mit der PCP unterschrieb, ist kein militärischer Block, sondern eine politische Unterstützung für die Goncalves-Regierung. Für die selbe bonapartistische Regierung, die Gewerkschaftsmilitante und die Maoisten der MRPP einsperrte!

Nach der Unterstützung des 25. August-Dokuments übte die LCI „Selbstkritik" in Bezug auf die „Integration der MFA in die Front der Organe der Arbeiter- und Volksmacht" *(Diario deNoticias,* 26. August 75). Kann man annehmen, daß die LCI einige Tage nach der Unterstützung und Unterzeichnung des Dokuments den Charakter des Volksfrontbündnisses verstand? Wäre dies der Fall, hätte die LCI von diesem Block brechen und eine prinzipienfeste trotzkistische Politik einschlagen müssen. Diesen Schritt unternahm die LCI jedoch nicht, und daher kann man diese „Kritik" nur als zynischen Versuch interpretieren, ihre zentristische Kapitulation vor der Volksfront zu maskieren.

Diese Verratspolitik ist kein „Fehler einer jungen, unerfahrenen Organisation", sondern charakteristisch für die gesamte Politik des „Vereinigten" Sekretariats. So unterstützte die LCR in Frankreich die Kandidatur von Mitterand und leugnete den Volksfrontcharakter der Union de la Gauche. 1971 beteiligte sich die POR in Bolivien an der „Revolutionär-Antiimperialistischen Front", die General Torres politische Unterstützung gab. Dies sind jedoch nur einige Beispiele aus der VS-Tradition; ein systematischer „Fehler" ist kein Fehler, sondern eine bestimmte Politik.

Die angebliche Selbstkritik des VS vom 2. September 75 läßt vollkommen unerwähnt, daß die LCI am 25. August-Block beteiligt war. Es gibt keinen Anlaß, anzunehmen, daß die LCI *politisch* mit diesem Block gebrochen hat.

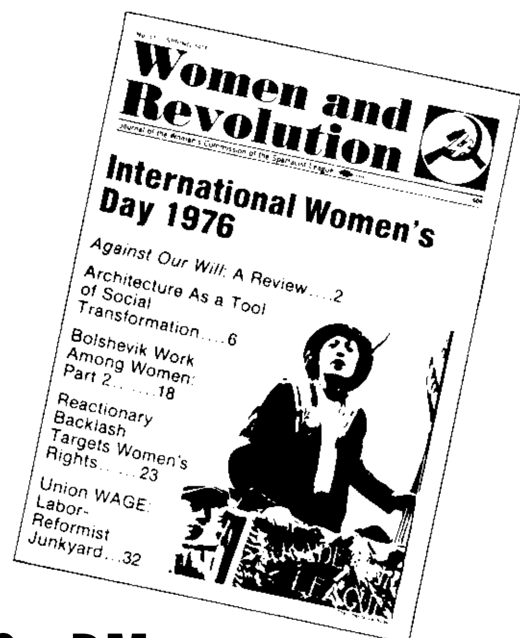
Mittlerweile macht sich die Auflösung im prinzipienlosen Propagandablock FÜR auch innerhalb der LCI scharf bemerkbar. Das Resultat ist eine tief gespaltene LCI, die in Konfliktsituationen starke Lähmungserscheinungen zeigt. Ein Sektor lehnt sich an die Guerilla-Kampfausrichtung des PRP-BR-Typs an, ein anderer Teil lehnt sich an die Hauptströmung der Mandel-Richtung, ein dritter Teil favorisiert mit der PRT, Minderheitssektion des VS unter Führung der amerikanischen Sektion SWP.

Auch die PRT kann - trotz ihres scheinorthodoxen Gehabes - keine revolutionäre Alternative bieten. Die PRT machte im letzten Jahr nicht weniger Schwenks durch als die unstabile LCI. Bis ca. April 1975 in Opposition zur MFA als bürgerliche politische Kraft, verwandelte sich der Charakter der MFA im letzten Sommer für die PRT in einen kleinbürgerlichen. In der Charakterisierung der FÜR als Volksfront-Pakt ging die PRT wieder etwas mehr zu trotzkistischen Positionen zurück. Als einzige Organisation rief sie während der jüngsten Krise von Tancos zu einem gewählten Sowjet der Arbeiter auf. Während die PRT jedoch zu einer Regierung, gewählt von diesem Sowjet, aufrief, meinte sie nicht eine Arbeiterregierung *im Gegensatz* zur Regierung der Bourgeoisie; sie hob lediglich den demokratischen Aspekt solcher Wahlen hervor. Das kommt der Position sehr nahe, die die PRT während der Wahlen im Frühjahr 1975 vertrat, nämlich eine „Arbeiter- und Volksregierung welche dann eine souveräne Konstituierende Versammlung einberufen soll" (dieselbe Position, die der Spartacusbund heute für Spanien vertritt!).

Die GIM hat bis heute zur PRT noch keine Stellung bezogen, unsere Hinweise auf die Existenz von zwei sympathisierenden Sektionen in Portugal (wie auch in Spanien und etlichen anderen Ländern) wurden jedesmal mit Schweigen übergangen. Die Anerkennung von zwei sympathisierenden Sektionen in einem Land ist ja nun sicherlich keine bolschewistische Praxis, sondern dient nur der Verhinderung einer Spaltung im politisch und organisatorisch bereits vollkommen zerrütteten „Vereinigten" Sekretariats. Solch bürokratische Manöver, die Mandel & Co. am letzten Weltkongreß zu einer längeren festen Regelung machten, sollen eine scheinbare Stärke des VS vortäuschen - und das wird von der GIM eifrigst gedeckt!

Die GIM hat alle Schwenks der LCI mitgemacht. Ebenso wie sich die LCI in einem prinzipienlosen Block versteckte, ist die GIM in der BRD einen solchen Propagandablock eingegangen, indem sie sich an den *Portugal-Nachrichten* beteiligt —

SUBSCRIBE!




3,- DM 4 ISSUES

Zu beziehen über
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429
Postscheckkonto Berlin West:
503 57 - 107 (Wolfgang Hohmann)

diese Blockpolitik ist allerdings auch bei der GIM nichts Neues. Anstatt sich auf die leninistische Grundlage, die volle Propagandafreiheit und Einheit nur in der Aktion verlangt, zu stellen, werden — wie in der FÜR — um der Einheit willen Abstriche von zentralen Bestandteilen des eigenen Programms gemacht. „Untermauert" wurde das Aufgeben der Avantgarderolle der Partei durch die „Theorie" der „neuen Avantgarde mit Massencharakter". Durch sie sollen all die opportunistischen Zickzacks legitimiert werden, die von uns nur als Verrat gekennzeichnet werden können!

Wie kann man anders die Illusionen in die MFA (die jetzt nicht mehr aufrechtzuerhalten sind) verstehen? Noch im Juni 1975 wurden in *was tun* große Teile von MFA-Resolutionen abgedruckt, die „beweisen sollen, welch fortgeschrittenes Bewußtsein Teile der MFA erlangt haben" *(was tun* 79, 26. Juni 1975). Im Gegensatz dazu hat die internationale Spartacist Tendenz und mit ihr die Trotzkistische Liga Deutschlands immer den Schwerpunkt ihrer Propaganda darauf gelegt, den bürgerlichen Charakter der MFA aufzuzeigen, gegen die vorhandenen Illusionen anzukämpfen und die proletarische Klassenlinie zu ziehen (siehe dazu auch: *Kommunistische Korrespondenz* Nf. 9 und Nr. 10 sowie Nr. 11 im Briefwechsel mit dem Spartacusbund)! Die Unterstützung der LCI für die PCP — die Bestandteil einer Volksfront war — bei den Wahlen im Frühjahr 1975 zeigt ebenso drastisch die Unfähigkeit des VS, für die unabhängige Organisierung des Proletariats zu kämpfen.


**Leo Trotzki**

**Spanische Lehren**

1,– DM

Zu beziehen über: 1
Berlin 120
Postlagerkarte A 051 429


Durch solche permanenten politischen Bankrotterklärungen, die in der oben erwähnten „Theorie" einen krassen Ausdruck finden, soll die Verantwortung für das völlige Fehlen eines revolutionären Programms, einer revolutionären Partei an die „Arbeitervorhut" abgeschoben werden.

Allerdings war die GIM doch gezwungen, sich von der FÜR zu distanzieren: „Von der FÜR (Aktionseinheit der Linken aus MDP, MES, PRP/BR, LCI und FSP) bis zur maoistischen UDP verschlechtert sich die Sehkraft gegenüber der wesentlichsten Aufgabe, die sich gegenwärtig stellt: die Herstellung der Klasseneinheit... Die Schwäche der LCI hindert sie daran, eine Auslöserrolle zu spielen. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die entscheidende Probe für die junge trotzkistische Organisation jetzt darin besteht, diese Äse zu überwinden und vereinheitlichende Forderungen und Initiativen gegenüber der extremen Linken und der Gesamtklasse vorzubringen" *(was tun* Nr. 90, 27.11.75).

Die vorherigen Ausführungen sollten jedoch bewiesen haben, daß derartige lahme Entschuldigungen fehl am Platze sind.

Trotzkisten stellen der Volksfront die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen auf ökonomischem und politischem Gebiet gegenüber und richten an die reformistischen Parteien die Aufforderung, mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern zu brechen und die volle Verantwortung für ihre Politik vor ihrer Basis zu übernehmen. Die Notwendigkeit der Massenmobilisierung, die Vereinheitlichung aller Organe des Proletariats zu einem nationalen, zentralisierten Sowjet, müssen von einer revolutionären Organisation verbunden werden mit dem Kampf gegen Angriffe auf demokratische Rechte und weitreichenden Übergangsforderungen, die imstande sind, alle kämpferischen Arbeiter in eine machtvolle revolutionäre Avantgarde zu verwandeln.

Wir sind der Meinung, daß ernsthafte Genossen in der GIM nicht mehr mit der katastrophalen und verräterischen Politik der LCI und der PRT übereinstimmen können. Diese Genossen können die kurzsichtige und halbherzige „Kritik", wie sie in *was tun* Nr. 90 abgedruckt ist, nicht mehr aufrechterhalten. Auch die geringfügigen Kritikpunkte, die z.B. in den *Portugal-Nachrichten* Nr. 7 geäußert wurden, zeigen keinerlei Einsicht in den klassenkollaborationistischen Charakter des Volksfrontbündnisses.

Wir möchten diese und andere zentrale Fragen in einer Auseinandersetzung zwischen unseren Organisationen weiter ausführen. Wir verweisen zum Abschluß noch auf Euer theoretisches Organ, *die internationale* vom Dezember 1975, wo in dem Artikel von Hülsberg auf die Mao-Stalinisten gemünzt geschrieben steht:„Unsere Aufgabe ist es, ihnen die ideologische Auseinandersetzung aufzuzwingen, die sie fürchten. Wir fürchten sie nicht."

Die Einzelheiten dieser Debatte — wie Datum, Diskussionsmodalitäten etc. können zwischen Delegierten der GIM und der TLD in der nächsten Woche oder an dem Euch ehest möglichen Termin ausgehandelt werden.

Mit revolutionären Grüßen TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS OG Westberlin

## Brief der GIM an die TLD

Berlin, 16.2.76

Genossen,

hiermit wollen wir auf Euren Antrag antworten, eine Diskussion zwischen unseren Organisationen über die sozialistische Revolution in Portugal zu führen.

Wir müssen es leider ablehnen, eine solche Diskussion zu fuhren. Nicht, weil wir uns fürchten vor einer ideologischen Diskussion, wie Ihr vielleicht mit dem Hinweis auf den Editorial der „Internationale" Nr. 8 andeuten wollt, sondern weil die Prioritäten der Ortsgruppe W-Berlin sich nicht auf eine „innertrotzkistische" Debatte erstrecken.

Bezüglich Portugal konzentrieren wir uns darauf, die politische Debatte mit spontaneistischen und zentristischen Strömungen zu führen. Eine Debatte mit der TLD würde bedeuten, daß unsere Mitglieder sich zusätzlich intensiver mit Euren Positionen zu Portugal auseinandersetzen, was bei der Fülle der anstehenden Aufgaben der OG nicht möglich ist, so daß die Voraussetzungen für eine Diskussion nicht gegeben sind, es sei denn, man verstünde unter Diskussion einen Schlagabtausch der Leitungen.

Noch ein Wort zur Portugal-AG der GIM und der Nichtzulassung von Genossen der TLD zu dieser AG: es handelt sich hier um eine Sympathisantenstruktur der GIM. Wir rufen Sympathisanten der GIM öffentlich dazu auf, in der Portugal-AG mitzuarbeiten, insofern ist es eine offene Struktur. Da Ihr aber nicht zu den Sympathisanten der GIM zählt, ist die AG für Mitglieder der TLD nicht offen.

Mit solidarischen Grüßen
Örtliche Leitung der GIM
W-Berlin




# Der 25. November und die Aufgaben der Revolutionäre

## Brief der TLD an die Portugal-Nachrichten

Berlin, d. 20.1.76

Genossen!

Ihr habt in den *Portugal-Nachrichten* Nr. 17 angekündigt, daß Ihr eine Sondernummer der *PN* plant, in der Stellungnahmen der Organisationen der extremen Linken zur Einschätzung des 25. November 1975 abgedruckt werden sollen. Wir schicken Euch beiliegend eine kurz gehaltene Stellungnahme unserer Organisation mit der Aufforderung, Eurer Ankündigung nachzukommen.

Außerdem legen wir einige Publikationen unserer Organisation zu Portugal bei.

Mit Genossengruß
(F.G. Krüger, für das Politische Büro der TLD)

## *Stellungnahme der TLD zur politischen Entwicklung in Portugal und zum revolutionären Internationalismus.*

### I.

### Reformistische und zentristische Hilflosigkeit und die revolutionäre Analyse der Marxisten

Die Reaktion, die nach dem gescheiterten Aufstand der Fallschirmjäger von Tancos einsetzte, kam für Revolutionäre *nicht* wie für Reformisten und Zentristen „wie ein Blitz aus heiterem Himmel" (*Portugal-Nachrichten* Nr. 13, 1.12.75). Wir Marxisten hatten schon zuvor gewarnt, Vertrauen in die bürgerliche MFA zu setzen — auch nicht in ihren „linken" Flügel, der wie Carvalho auf der Seite des bürgerlichen Staates stehen mußte, trotz demagogischer Reden. Wir haben das COPCON-Dokument als einen Versuch denunziert, die Arbeiterbewegung zu knebeln und die selbständigen Elemente der Arbeiterorganisierung, wie Arbeiterkommissionen, unter die Kontrolle des bürgerlichen MFA zu bekommen. Wir haben nicht wie die Zentristen von GIM und Spartacusbund im COPCON-Dokument „revolutionäre Elemente" erkennen können. Wir haben die FÜR als einen Volksfrontblock kritisiert, der die MFA als Motor der Revolution betrachtete und sich auf die bürgerliche Politik der Goncalves-Regierung, einer verräterischen Volksfrontregierung, hinorientierte. Wir haben davor gewarnt, sich an die PSP oder die PCP anzuhängen, haben die Verantwortung beider Parteien an dem Volksfrontverrat aufgezeigt, d.h. die Mitverantwortung beider Parteien an der jetzigen Repression. Und wir haben gleichzeitig daraufhingewiesen, daß diese beiden bürgerlichen Arbeiterparteien noch immer die Masse der portugiesischen Arbeiter an sich binden können (was durch die letzten Gewerkschaftswahlen in Portugal erneut bestätigt wird). Daraus haben wir für eine revolutionäre Politik in Portugal die Konsequenz gezogen, daß die Masse der portugiesischen Arbeiter diesem bürgerlichen Einfluß - vermittelt durch die bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung, die reformistischen Parteien PSP und PCP - entrissen werden muß und zwar durch die Propaganda und Agitation des revolutionären Übergangsprogramms, durch die Anwendung einer korrekten Einheitsfronttaktik. Wir haben festgestellt, daß noch immer keine wirklichen Arbeiterräte in Portugal bestanden, daß aber nur sie unter der Führung der revolutionären Avantgardepartei die Massen zum Aufstand und zur Eroberung der Staatsmacht, zur Errichtung einer Arbeiterregierung als Diktatur des Proletariats führen können.

Aus dieser prinzipiellen Haltung heraus konnten wir nicht den Irrweg einschlagen, die *Hauptgefahr* für den unbestimmten (von der bürgerlichen MFA so benannten!) „revolutionären Prozeß" in einer äußeren Bedrohung zu sehen (NATO-Intervention) — dabei verschweigend, daß die Konterrevolution in Portugal selbst lauerte, daß die reformistischen Verräter der PCP und PSP die Arbeiterklasse an das Messer der Konterrevolution auszuliefern bereit waren und daß die Zentristen (siehe FUR-Block) vor diesem reformistischen Verrat kapitulierten! Aus diesem Grunde haben wir auch nicht vor dem Tancos-Aufstand von einem „Machtvakuum" in Portugal gesprochen, wie es die westdeutschen Reformisten und Zentristen von SAG, Spartacusbund, GIM, KB und *Portugal-Nachrichten* tun. Hätte ein solches „Machtvakuum" tatsächlich existiert, dann wäre der Aufstand von Tancos richtig und notwendig gewesen, dann hätte er aber auch ein wesentlich größeres Echo im portugiesischen Proletariat gefunden.

Die Hilflosigkeit der Zentristen zu diesem mißglückten Aufstandsversuch wird am besten von der GIM auf den Nenner gebracht: „Bei der Erklärung der Initiative der Fallschirmjäger von Tancos am Dienstagmorgen ist es schwer, einen genauen Trennungsstrich zu ziehen zwischen der Provokation, dem »verrückten Abenteuer' und einem geplanten Vorgehen" (*was tun* vom 11.12.75)!

### II.

### Die Lehren von Tancos

Der Aufstand von Tancos war das verzweifelte Vorpreschen einer Militäreinheit. Ermöglicht wurde es durch die Abwesenheit echter Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Lage gewesen wären, ungeduldige Teile der Arbeiterbewegung zu überzeugen, daß ein geplantes, gemeinsames Vorgehen mit den Massen des Proletariats allein erfolgreich sein kann. Nach der Erhebung der Fallschirmjäger wäre es jedoch die Pflicht aller Arbeiterorganisationen gewesen, sie zu verteidigen und zur Abwehr der staatlichen Angriffe auf die Arbeiterbewegung einen Generalstreik durchzuführen. Es wäre notwendig gewesen, die Pressegesetze und andere die Arbeiterbewegung

betreffende Beschränkungen zu boykottieren. Die Propaganda und Agitation für den Aufbau von Arbeiterräten und deren Zentralisierung in einem nationalen Arbeitersowjet hätte forciert werden müssen. Als ein Schritt hierzu hätte eine Einheitsfront zur Verteidigung der Verhafteten aufgebaut werden müssen. Und es hätte klar erkannt werden müssen, daß Soldatenräte nicht — wie die SUV — unabhängig von der Arbeiterbewegung existieren können. Gewählte Soldatenräte müssen mit der Arbeiterbewegung durch eine Repräsentation in proletarischen Sowjets verbunden werden. Die Aufgabe des Proletariats gegenüber der Armee besteht in der Zersetzung dieser bewaffneten Formation des bürgerlichen Staatsapparates, in der Spaltung der Armee entlang der Klassenachse!

Die Niederlage des Novemberaufstandes ist allerdings kein entscheidender Schlag gegen die portugiesische Arbeiterklasse. Trotz der einsetzenden verschärften Unterdrückung, des Zerschlagens einzelner linker Einheiten, der verstärkten Medienkontrolle, der Verhaftungen und der Angriffe auf das soziale Lebensniveau der Massen bleibt das portugiesische Proletariat aktiv und stark. In einer solchen Situation ist es Verrat, wie es die *Portugal-Nachrichten* vorschlagen, den proletarischen Kampf auf Abwehrkämpfe zu beschränken, lediglich zu hoffen, daß schon „früher oder später" politische Kämpfe wieder „auftauchen" werden. Die Beschränkung auf demokratische Aufgaben spielt der Konterrevolution in die Hände.

Die Revolution ist kein spontaner Prozeß. Das russische Proletariat wurde unter der Führung der bolschewistischen Partei zum Siege geführt. Das spanische Proletariat, der verräterischen Führung von Anarchisten, Stalinisten und Zentristen folgend, erlitt eine Niederlage. Es ist die Aufgabe der *revolutionären Führung,* den Kämpfen der Klasse eine Führung zu weisen, sie aus ihrer bürgerlichen Beschränkung herauszuführen, revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Dabei kann die Avantgardepartei nicht willkürlich und putschistisch Aufstandslosungen verbreiten, sondern sie muß versuchen, in den Massenorganisationen und durch Einheitsfrontaktionen die Führung des Proletariats zu erobern, die Revolutionäre um das Übergangsprogramm gruppieren, um so die Massen zur Eroberung der Staatsmacht mobilisieren zu können. Einige der zentralen Forderungen sind:

— Arbeiterkontrolle
— entschädigungslose Enteignung der Industrie unter Arbeiterkontrolle
— Arbeiterkomitees vom Rätetypus
— Soldaten- und Matrosenkomitees: Zersetzung der Armee
— Bewaffnung der Arbeiterklasse durch die Bildung von Arbeitermilizen
— Zusammenfassung der demokratisch gewählten Arbeiterräte in einem nationalen Sowjet.

Damit wird die Grundlage für die Bildung einer Arbeiterregierung zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates geschaffen. Die Lösung der Agrarfrage muß forciert werden, um die Landarbeiter zu gewinnen und das Bündnis mit den armen Bauern zu schmieden.

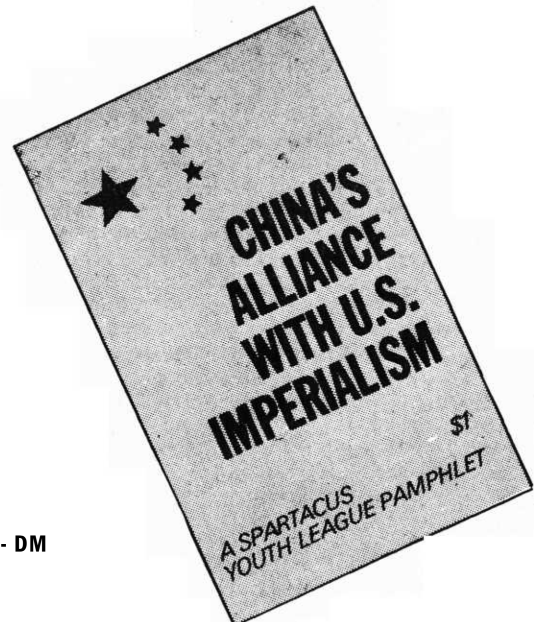
## III.

## Die Aufgaben der revolutionären Solidarität

Die Aufgabe der revolutionären Solidarität besteht nicht in der Perspektive der Schaffung einer sogenannten Gegenöffentlichkeit - wie es GIM, Spartacusbund und *Portugal-Nachrichten* wünschen, sondern in der revolutionären Propaganda des Übergangsprogramms, in der Antwort auf die Krise der revolutionären Führung. Keine faulen Propagandablöcke, sondern die schonungslose Kritik des reformistischen Verrats, die Entlarvung des Zentrismus als Barriere zur Überwindung der Krise der Führung des Proletariats — das ist die Aufgabe der Revolutionäre. Unversöhnliche Härte gegenüber der Halbherzigkeit und dem Schwanken der Zentristen ist erforderlich, um das Proletariat von seinen reformistischen Irreführern befreien zu können. „Gemeinsame" Versuche diverser linker Organisationen, eine permanente, breite Massensolidaritätsbewegung zu schaffen — auf der Basis eines gemeinsamen Nenners — verschleiert nur die Probleme, vor denen das portugiesische und internationale Proletariat steht: mit welchem Programm, unter welcher Führung kann es siegen? ! Keine „neue Massenavantgarde" für Portugal soll strukturiert werden, sondern der Kern der leninistischen Avantgardepartei. Die bolschewistische Unversöhnlichkeit schließt jedoch die Einheitsfrontpolitik nicht aus, im Gegenteil. Konkrete Aktionseinheiten mit klarer Stoßrichtung, kein propagandistischer Einheitsbrei, sondern gemeinsame, gezielte Kampfaktionen sind notwendig, z.B. Solidaritätsaktionen für die Verhafteten.

Aber wir bleiben bei solchen konkreten Aktionseinheiten nicht stehen, sondern setzen unsere Propaganda für den Sieg des Proletariats in Portugal, für die Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Sowjetorgane, fort. Es ist eine Kapitulation vor dem Reformismus, der V. Regierung nachzutrauern, wie es PCP, aber auch der FUR-Block tun. Und wir haben in Analysen und in der Entfaltung unserer revolutionären Programmatik wiederholt nachgewiesen, daß es ohne revolutionäre Partei keinen Sieg des Proletariats geben wird — ohne eine Partei, die nur als Weltpartei des Proletariats bestehen kann, deren Programmatik das Erbe der Leninschen Komintern umfaßt und in Trotzkis Vierter Internationale seinen konkreten Ausdruck fand. Diese Vierte Internationale, die vom Revisionismus zerstört wurde, muß erneut im Kampf gegen Reformismus und Zentrismus geschmiedet werden. ■


Spartacus Youth League Pamphlet




3,-- DM

Zu beziehen über:

Spartacus Youth Publishing Co. P.O.
Box 825 Canal St. Station New York,
NY 10013 USA

# Kommunistische Korrespondenz

# Portugal: Prüfstein für Zentristen in Portugal und hierzulande

**Opportunistische Anpassung statt revolutionärer Umgruppierung**

„Auf der internationalen Arena zeichnet sich der Zentrist wenn nicht durch Blindheit, so durch Kurzsichtigkeit aus; er begreift nicht, daß man in der heutigen Epoche die nationale revolutionäre Partei nur aufbauen kann als Teil der internationalen Partei; in der Wahl seiner internationalen Verbündeten ist er noch weniger wählerisch als im eigenen Lande" (Trotzki, „Der Zentrismus und die Vierte Internationale").

Portugal ist, nach Chile, der härteste Prüfstein der internationalen Arbeiterbewegung in der jüngsten Geschichte. Eine Arena, in der die unterschiedlichsten Programme, die unterschiedlichsten Organisationen im Kampf auf ihre Tauglichkeit für den Zweck der proletarischen Revolution geprüft wurden. Und man kann heute sagen, daß keine der portugiesischen Organisationen sich den historischen Aufgaben gewachsen zeigt. Während die großen bürgerlichen Arbeiterparteien sich an die Bourgeoisie klammerten und die Arbeiterklasse, die stets aufs Neue den revolutionären Weg suchte, immer wieder zurückstießen, übernahm der prinzipienlose Block der FÜR die Aufgabe der linken Flankendeckung dieser konterrevolutionären Politik. Zu diesem Zweck zögerte er auch nicht, die Arbeiterklasse organisatorisch dem bürgerlichen Kapital zu unterwerfen — d.h. durch den Pakt vom 25. August selbst Bestandteil des bürgerlichen Volksfrontblocks zu werden. Nach der Niederlage des 25./26. November ist in der internationalen Arbeiterbewegung eine Situation der Gärung, des Umbruchs eingetreten. Die Geschichte hat gewogen und für zu leicht befunden. Es ist Sache der Bolschewiki, mit unnachgiebiger Härte und großer taktischer Flexibilität ihr Programm in die Arbeiterbewegung zu tragen und diese Situation für einen Prozeß der Umgruppierung um die Achse des trotzkistischen Programms auszunützen. Unser Brief an die GIM war ein Ausdruck dieser Aufgabe.

Eine derartige Politik der revolutionären Umgruppierung wendet sich entschieden gegen den zentristischen Eklektizismus in der Frage der Wiedergeburt der Vierten Internationale, wie er vom Spartacusbund vertreten wird. Mit typisch pabloistischer „Realpolitik" — retten, was noch zu retten ist — sucht er eine Abkürzung auf dem Weg zum Aufbau einer trotzkistischen Partei in Portugal. Der Vorschlag einer Fusion von LCI und PRT entspricht genau der Vorstellung des Spartacusbundes vom Wiederaufbau der Vierten Internationale als einer Konstruktion von internationalen prinzipienlosen Blöcken — einer Art zweiter Auflage des Londoner Büros. Instinktiv ahnt der Spartacusbund, daß seine „kritische und solidarische" Mitarbeit *(Spartacus* Nr. 22, November 1975, S. 18) bei der Fusion von LCI und PRT nur bei Aufgabe zentraler Bestandteile seines Programms denkbar ist. Daher schlägt er auch das Modell „erst Fusion dann Diskussion" vor:

> „Die anderen Probleme der internationalen Revolution (wie der Wiederaufbau der IV. Internationale) können und müssen nach der Fusion diskutiert werden" *(Spartacus* Nr. 22).

Wahrlich, den Spartacusbund und das VS verbindet mehr als sie trennt: nicht nur das VS stellt national wie international einen verrotteten Block dar, auch der Spartacusbund verdankt solcher „Methode" seine Entstehung.

Das Spartacusbund Verständnis vom Aufbau einer trotzkistischen Partei in Portugal: LCI und PRT minus unnötiger Schnörkel wie Vierte Internationale plus kritischer und solidarischer Mitarbeit des Spartacusbundes... gibt Punkt für Punkt sein Verständnis vom Wiederaufbau der Vierten Internationale wieder: Zusammenfügen von verschiedenen pabloistischen Strömungen auf prinzipienloser Grundlage.

Diese politischen Mechaniker können nicht begreifen, daß Zentrismus plus Zentrismus plus kritischer Zentrismus nichts anderes als Zentrismus ergeben kann. Dabei ist der Ansatz des Spartacusbundes durchaus richtig: zweifellos befinden sich die fortgeschrittensten, subjektiv revolutionären Elemente, die es für eine trotzkistische Partei in Portugal zu gewinnen gilt, in den vorgeblich trotzkistischen Organisationen LCI und PRT. Genau diese gilt es im politischen Kampf, der revolutionären Umgruppierung ums trotzkistische Programm zur trotzkistischen Partei zu schmieden.

Revolutionäre Umgruppierung erfordert die Einsicht in den qualitativen Charakter des Sprunges von zentristischer Haltlosigkeit zur bolschewistischen Prinzipienfestigkeit. Dieser Sprung besteht in der Akzeptierung des vollen trotzkistischen Programms und ist undenkbar ohne organisatorischen Bruch mit Zentrismus und Reformismus. Der Spartacusbund jedoch kapituliert vor dem Druck der objektiven Aufgaben:

> „Die sozialistische Revolution in Portugal wird ohne revolutionäre Partei nicht siegreich sein. Die Zeit eilt... Unserer Meinung nach muß der ernsthafte Kampf für die Fusion zwischen der LCI und der PRT der erste entscheidende Schritt im Aufbau der revolutionären Partei sein" *(Spartacus* Nr. 22).

Der Spartacusbund glaubt nicht, daß in Portugal genügend Zeit vorhanden ist, den langwierigen, mühsamen Weg

*Fortsetzung auf Seite 16*